

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

der Anteil von Auszubildenden mit Migrationshintergrund im Berliner Öffentlichen Dienst ist im Vergleich zum Vorjahr erfreulicherweise gestiegen. Um noch mehr Jugendliche dieser Gruppe zur Bewerbung um einen Ausbildungsplatz zu ermuntern, hat der Berliner Integrationsbeauftragte die Kampagne „Berlin braucht dich!“ gestartet ([Seite 4](#)).

Mittlerweile ist er der unangefochtene „Star“ unserer Veröffentlichungsreihe, der Interkulturelle Kalender. Mit einer Auflage von nun 20.000 Exemplaren ist er jetzt für das Jahr 2008 erschienen und kann beim Integrationsbeauftragten bestellt oder abgeholt werden ([Seite 6](#)).

Einen „Lebendigen Adventskalender“ gibt es dieses Jahr im Soldiner Kiez zu entdecken. Unter dem Motto „In 24 Tagen um die Welt“ öffnet sich vom 1.12. bis zum 24.12. jeden Tag ein neues internationales Türchen im bunten Wedding Quarter ([Seite 33](#)).

BERLIN INTERNATIONAL erscheint wieder am 28.12.2007.
Redaktionsschluss für die Januar-Ausgabe (Nr. 44) ist der 17.12.2007.

Die Redaktion wünscht Ihnen und Ihren Familien im Namen aller MitarbeiterInnen des Berliner Integrationsbeauftragten frohe Festtage, eine friedvolle Zeit und schon jetzt ein gutes neues Jahr 2008.

Bleiben Sie zuversichtlich und gesund!

Ihre Redaktion

IMPRESSUM: BERLIN INTERNATIONAL. Ein e-Informationsforum des Beauftragten des Senats von Berlin für Integration und Migration. Potsdamer Straße 65; 10785 Berlin. Vormalig „Top - Berlin international“. Erscheint mit elf Ausgaben im Jahr als E-Mail-Anhang im PDF-Format und ist kostenlos. Die Dateigröße kann je nach Inhalt zwischen 1 und 2 MByte variieren. Abonnementbestellung/ -löschung und Zusendungen für die Veröffentlichung in BERLIN INTERNATIONAL unter folgender E-Mail-Adresse: Newsletter@intmig.verwalt-berlin.de. Keine Haftung für unverlangt zugeschicktes Material und kein Anspruch auf Veröffentlichung. Auszugsweiser Nachdruck und Vervielfältigung erwünscht. Redaktion, Grafik und Produktion: Fred Vollmer, IntMig 12; Tel: (030) 9017-2374 /-34; Fax: 262 54 07. Rubrik Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler: Martina Gembus, IntMig B 31; Tel.: (030) 9017-2327; Mail: Martina.Gembus@intmig.verwalt-berlin.de. Diese und weitere Ausgaben im Internet unter <http://www.berlin.de/lb/intmig/publikationen/top/index.html> 30.11.2007 [1.202 | Jahrgang 24]

Der interkulturelle
Kalender für den
Monat Dezember:

1	
2	1. Advent Beginn des Kirchenjahres
3	
4	
5	Chanukkafest
6	St. Nikolaus
7	
8	
9	2. Advent
10	Erklärung der Menschenrechte
11	
12	
13	Fest der Lucia, Schweden
14	
15	
16	3. Advent
17	
18	
19	
20	Opferfest 1428
21	
22	
23	4. Advent
24	Heiligabend
25	1. Weihnachtstag
26	2. Weihnachtstag
27	
28	
29	
30	
31	Silvester

Integrationsbeauftragter aktuell

Mehr Auszubildende mit Migrationshintergrund: Kampagne „Berlin braucht dich!“ gewinnt an Fahrt4
Integrationsbeirat diskutierte Konflikte zwischen Türken und Kurden: Appell an türkische und kurdische Gemeinschaft für friedliche Konfliktlösung5
Neu erschienen: Interkultureller Kalender 20086
Europäische Union, Europäischer Flüchtlingsfonds (EFF): Aufruf zur Einreichung von Projektanträgen7
Migrantenvertreterinnen und -vertreter des Integrationsbeirats gewählt: „Breite Debatte des Integrationskonzeptes vorantreiben“7
Jugendschutz – Wir wissen Bescheid!“ Drehscheibe klärt über das Jugendschutzgesetz auf8
Mehr Chancen für die berufliche Integration von Asylsuchenden und Geduldeten9
Integrationsssenatorin Knake-Werner: "Gewalt ist keine Lösung"9
Pressespiegel10

Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler

Zielprogramm stärkt Bleibewillen der Russlanddeutschen11
Information zur Suchtprävention: Alle in Berlin neu eingereisten Aussiedler/innen werden zu den Gefahren von Sucht und deren Prävention informiert11

Aus dem Landespressedienst

Förderung im Bereich Internationaler Kulturaustausch für das Jahr 2008 ausgeschrieben12
Arbeitsstipendien für Berliner Autorinnen und Autoren für das Jahr 2008 ausgeschrieben12
Sechs Projekte mit dem Berliner Präventionspreis 2007 ausgezeichnet12
Gedenkveranstaltung zum 69. Jahrestag der Novemberpogrome13
Jugendkongress im Berliner Abgeordnetenhaus: Schüler diskutieren über Rechtsextremismus14
Internationaler Aktionstag gegen Gewalt an Frauen: Berlin sagt Nein zu Gewalt gegen Frauen15
Schulen erhalten Fördergelder für gewaltpräventive Projekte16
Senat sichert Stabilisierung und Verbesserung des Sozialgefüges der Großsiedlungen im Sozialen Wohnungsbau16
Informationen zum Nichtraucherschutzgesetz17

Anfragen an den Senat

„Wie sieht die Bilanz des ersten Integrationskonzeptes aus - Religion und Zusammenleben (Kapitel 3.7)“(Link) und weitere Anfragen auf Seite18
--	---------

Aus Europa, Bund und Ländern

Hinweis: Berliner Europaportal und Europa-Newsletter19
Erweiterung des Schengen-Raums: Offene Grenzen zu Polen und Tschechien. Ab 21.12.2007 keine Binnengrenzkontrollen mehr19
Abschluss des Europäischen Jahres für Chancengleichheit19
Europäische Kommission: Aufnahmebedingungen von Asylbewerbern20
Europäische Kommission: Blue Card für qualifizierte Migranten20
Keine Chance auf einen Anwalt? Rechtshilfefonds für Abschiebungshäftlinge nun auch in Bayern20
Mehr Geld für Integration. Bundeskabinett beschließt Neufassung der Integrationskursverordnung20
1. Bundesweite Social Justice und Diversity Fortbildung beendet21

Initiativen

Berliner Spendenparlament gegründet22
Wettbewerb: Kulturelle Vielfalt in der Ausbildung. Frist: 14.12.200723
Wettbewerb: startsocial 2008. Gesucht: Projekte, die die Lösung sozialer Probleme zum Ziel haben. Einsendeschluss: 10.12.200723
Berichte über Flüchtlinge - Wettbewerb für Nachwuchsjournalisten. Einsendeschluss 22.02.200823
alex „Gemeinsam gegen Rechts!“ Mit 10.000 Euro dotierter Preis zeichnet Initiativen gegen Rechtsextremismus aus. Einsendeschluss: 31.12.200724
28.01.-01.02.2008: Abgeordnetenhaus lädt zu Jugendprojekt denk!mal 2008 ein24

Workshops/ Tagungen

08./09.12., Seminar: Die politischen und sozialen Perspektiven alevitischer Jugend25
14. 12., Fachtagung: Migrantenorganisationen als Akteure der Zivilgesellschaft. Integrationsförderung durch Weiterbildung“. 14. und 15. Dezember 2007 in Nürnberg. Meldeschluss: 07.12.200725
Neue Aspekte der Integration - Islam und Frauen. Anmeldung bis 10.12.200726

Qualifizierungen

05.12., LOK e.V.: Einführungsseminar Existenzgründung. "Check-in für Einwanderinnen und Einwanderer."(türkçe, englisch, kirmanci und deutsch)27
Ab 02./03.01.2008: Sprachcamps in den Weihnachtsferien. Für SchülerInnen der Mittelstufe mit Migrationshintergrund. Anmeldung ab sofort möglich!28
10.12.07/ 14.01.08: Fortbildungen im FrauenComputerZentrum Berlin29

Aus Projekten und Vereinen

21.12., El Kantara e.V.: Ägyptisch – Tunesischer Abend29
Bundesverdienstkreuz für Schröter.	
Vorsitzender der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Berlin erhielt das Bundesverdienstkreuz29
Neues Integrationsprojekt der Berliner AWO „Mentoren begleiten junge Migranten.“	
Das Angebot richtet sich an junge Migranten bis 27 Jahre in Tempelhof-Schöneberg30
Bürgerinitiative Ausländische MitbürgerInnen e. V.: Programm Dezember 200731

Veranstaltungen

01.12./02.12., Zwei Filme von Nouri Bouzid: „Puppen aus Ton“ und „Making Off“ vom Preisträger des diesjährigen Ibn Rushd Preis im Originalton32
03.12.: Global Stone Projekt im Berliner Tiergarten.	
Erzbischof Desmond Tutu nimmt an Friedens-Steinlegung teil32
01.12. bis 24.12.2007: In 24 Tagen um die Welt.	
Der „Lebendige Adventskalender“ im Weddinger Soldiner Kiez33
04.12., Diskussion: „In der DDR hat es Antisemitismus nie gegeben...“34
07.12. bis 09.12.:Rixdorfer Weihnachtsmarkt34
07.12., Konzert: Meister der anatolischen Musik34
21.12., Konzert: Gilbert Abdourahmane Diop & Griot Music Company35
bis 10.01.2008, Fotoausstellung: Czech Start!35

Veröffentlichungen/ Internet-Tipps

Rosemarie Tracy: Wie Kinder Sprachen lernen36
„Afrika-in-Berlin Handbuch“36
Gewalt gegen Lesben kein Thema! Lesbenberatung unterstützt Betroffene mit neuem Faltblatt37
Der Neue ist da! Interkultureller Antirassismus Taschenkalender 200837
FES, Neu in der Reihe "WISO direkt". Berufliche Ausbildung und Lehrstellenmarkt: Chancengerechtigkeit für Jugendliche mit Migrationshintergrund verwirklichen:37
„Blöde Anmache? Nicht mit mir!“ Neue Broschüre zum Thema Diskriminierung38
Mely Kiyak: 10 für Deutschland. Demokratie lebt von politischer Teilhabe - Integration auch38
Blickpunkt Integration. Aktueller Informationsdienst des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge zur Integrationsarbeit in Deutschland39
Im Internet: Antidiskriminierungsstelle des Bundes39
Asyl in Zahlen 2006. Veröffentlichung des BAMF39

Integrationsbeauftragter aktuell



**Integrationsbeauftragter:
MEHR AUSZUBILDENDE
MIT MIGRATIONSHINTERGRUND
Kampagne „Berlin braucht dich!“ gewinnt an Fahrt**

Bewerbungsfrist: 31.12.2007!

"Berlin braucht dich!" - unter diesem Motto ermuntert der Berliner Integrationsbeauftragte, Günter Piening in den kommenden Monaten Jugendliche mit Migrationshintergrund, sich für einen Ausbildungsplatz im Öffentlichen Dienst zu bewerben. Beim offiziellen Auftakt der Kampagne in der Hermann-von-Helmholtz-Schule in Berlin-Neukölln zog Piening eine positive Bilanz der bisherigen Bemühungen des Senats. Mit rund 13% liegt der Anteil von Jugendlichen mit Migrationshintergrund an den neuen Ausbildungsverhältnissen 2007 deutlich über den Vergleichszahlen 2006.

Seit 2005 hat der Berliner Senat seine Anstrengungen, junge Menschen mit Migrationshintergrund für eine Ausbildung im Öffentlichen Dienst zu gewinnen, intensiviert. 2006 startete unter dem Motto „Berlin braucht dich!“ eine Informationskampagne, die sich vorrangig an junge Migrantinnen und Migranten wendet. Und im Berliner Integrationskonzept wird ausdrücklich die Erhöhung der Ausbildungsquote als Integrationsziel festgeschrieben. Eine 2005 eingerichtete Steuerungsgruppe aus Integrationsbeauftragtem, Senatsverwaltungen für Inneres sowie Bildung, Bezirksvertretern, Bildungsträgern und Migrantenorganisationen koordiniert die Anstrengungen.

Vor der Presse zog Piening eine positive Bilanz: „Der Anteil der Auszubildenden mit Migrationshintergrund konnte deutlich gesteigert werden. Nach den gemeldeten Daten hatten im Ausbildungsjahr 2006/07 von 668 neu eingestellten Auszubildenden 58 einen Migrationshintergrund (8,68%). Im aktuellen Ausbildungsjahr 2007/08 sind es von 688 Auszubildenden 91 (13,23%).“

Besonders gute Ergebnisse erzielten die Bezirksämter von Reinickendorf, Friedrichshain-Kreuzberg und Neukölln, die 2007 mehr als 35 % ihrer Ausbildungsplätze an Migrantinnen und Migranten vergeben haben. In der für den Senat federführenden Innenverwaltung wurden 24 % erreicht. Auch im Bereich der Polizei wurde die vom Innensenator angestrebte Quote von 10 % erreicht.“

Für Piening sind das Mut machende Zahlen, die zeigen, dass der Öffentliche Dienst in Berlin die Weichen neu gestellt hat: „Unser mittelfristiges Ziel, den Anteil von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in einem ersten Schritt auf 20% zu erhöhen, ist keine Utopie mehr, sondern in greifbare Nähe gerückt.“



Die T-Shirts zur Kampagne im E-Shop unter:
http://159960.spreadshirt.net/de/DE/Shop?&op=articles&P_HPSESSID=aa9547cd8ff04561698dfa67e398acf6

Für das Ausbildungsjahr 2008 sollen nun die Anstrengungen verstärkt werden. Bis zum Ablauf der Bewerbungsfrist am 31.12. soll die Kampagne "Berlin braucht dich!" intensiviert werden. In Zusammenarbeit mit ausgewählten Schulen werden gezielt Informationsveranstaltungen für Jugendliche mit Migrationshintergrund angeboten, um die Ausbildungsmöglichkeiten im Öffentlichen Dienst bekannt zu machen. Studien hatten gezeigt, dass die Berufsorientierung an Berliner Oberschulen Jugendliche mit Migrationshintergrund bisher nur unzulänglich erreicht. Auch mangelt es gerade im Öffentlichen Dienst an Vorbildern, die junge Migrant/innen motivieren könnten. Aus diesem Grund hat der Kontakt zwischen den Ausbildungsbetrieben des Öffentlichen Dienstes und entsprechenden Schulen hohe Priorität im laufenden Programm.

Die Berufsberatung der Arbeitsagentur und Ausbildungsleiter der Bezirke beteiligen sich an der Aktion. Die Aktivitäten führt das Berufliche Qualifizierungsnetzwerk für Migrantinnen und Migranten (BQN Berlin) auf Initiative des Integrationsbeauftragten durch.

Zum Start der neuen Aktion rief Piening junge Berlinerinnen und Berliner mit Migrationshintergrund auf, sich um einen Ausbildungsplatz im Öffentlichen Dienst zu bewerben.

Bewerbungsfrist für das Ausbildungsjahr 2008/2009 ist der 31. Dezember 2007.

Informationen zur diesjährigen Ausschreibung gibt es im Internet unter:

<http://www.berlin.de/sen/inneres/ausbildungsbehoerde/auschreibungen/ausbildungsberufe.html>

Hintergrundinformationen zur Kampagne "Berlin braucht dich!" (ca. 1Mbyte) unter:

http://www.berlin.de/imperia/md/content/lb-integration-migration/presse/berlin_braucht_dich_hintergrund_pm20071108.pdf

Internet: <http://www.berlin-braucht-dich.de>

Integrationsbeauftragter aktuell**Integrationsbeirat diskutierte Konflikte zwischen Türken und Kurden:****APPELL AN****TÜRKISCHE UND KURDISCHE GEMEINSCHAFT FÜR FRIEDLICHE KONFLIKTLÖSUNG**

Der Landesbeirat für Migrations- und Integrationsfragen hat auf seiner Sitzung am Mittwoch (28.11.2007) die aktuellen Konflikte zwischen Türken und Kurden in Berlin diskutiert. Der Beirat verabschiedete einstimmig einen von den Vertreterinnen und Vertretern der Migrantenorganisationen eingebrachten Appell, der insbesondere die türkischen und kurdischen Organisationen aufruft, in Berlin weiter den Dialog zu suchen und gemeinsam für ein friedliches und demokratisches Zusammenleben Verantwortung zu übernehmen. Die Resolution hat folgenden Wortlaut:

"Berlin ist eine politische Metropole, in der unterschiedliche Religionen, Ethnien, Gruppen, Sprachen, Nationalitäten und Kulturen friedlich miteinander leben. Diese Vielfalt birgt auch unterschiedliche politische Überzeugungen in sich, denen mit gegenseitigem Respekt und Akzeptanz zu begegnen ist. Eine Demonstration ist eine demokratische Form der Meinungsäußerung, die unabhängig von ihrer politischen Überzeugung friedlich verlaufen muss.

Der Landesbeirat für Integrations- und Migrationsfragen Berlin bedauert es sehr, dass es nach der Demonstration am 28.10.2007 in Kreuzberg und in Neukölln zu Zwischenfällen kam, wodurch viele Menschen verletzt worden sind. Der Integrationsbeirat verurteilt die Gewaltausschreitungen und ist besorgt, dass Jugendliche die bereits in Deutschland geboren sowie aufgewachsen sind und ihren Lebensmittelpunkt in Berlin haben, Konflikte aus den Herkunftsländern ihrer Eltern und Großeltern in Berlin gewalttätig austragen.

Der Integrationsbeirat ruft die Akteure, bekannte Persönlichkeiten, türkische und kurdische Migranten-selbstorganisationen und die Communities auf, Verantwortung für Berlin und seine Jugendlichen zu übernehmen, um zur Deeskalation sowie Stabilisierung des friedlichen Miteinanders in Berlin beizutragen.

Daher fordert der Integrationsbeirat die Vertreter der türkischen und kurdischen Communities auf, einen Dialog im Interesse eines friedlichen Miteinanders in Berlin aufzunehmen und sich klar gegen Gewalt zu positionieren. Der Integrationsbeirat sieht in den präventiven Maßnahmen in Schulen und Jugendeinrichtungen einen wichtigen Beitrag zum gewaltfreien Miteinander. In diese Maßnahmen sind insbesondere Eltern von Jugendlichen mit Migrationshintergrund einzubeziehen."

Der Landesbeirat für Integrations- und Migrationsfragen war 2003 durch den Senat als zentrales integrationspolitisches Beratungsgremium eingerichtet worden. In den von der Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales, Dr. Heidi Knake-Werner, geleiteten Gremium erarbeiten Staatssekretärinnen und Staatssekretäre, Nichtregierungsorganisationen und gewählte Vertreterinnen und Vertreter der Migrantinnen und Migranten Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Berliner Integrationspolitik.

Im Landesbeirat arbeiten auch Türken und Kurden eng zusammen. Da entsprechend den Wahlbestimmungen von den 6 Vertreterinnen und Vertretern der Migranten nur einer aus der Türkei stammen kann, hatten Vertreter türkischer und kurdischer Organisationen sich frühzeitig darauf geeinigt, den stimmberechtigten Platz aufzuteilen und nach der Hälfte der Legislaturperiode zu "rotieren".

Mehr Informationen zum Landesbeirat unter:

<http://www.berlin.de/lb/intmig/beirat/index.html>

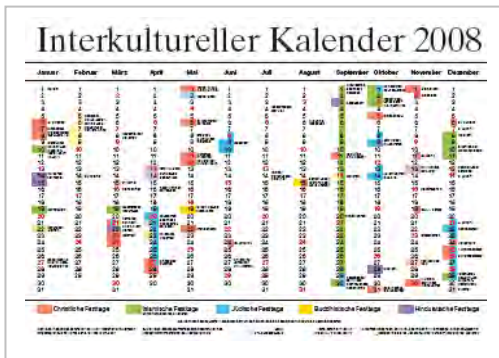
NEUE ADRESSE AB 5. NOVEMBER 2007

Wegen der Umbauarbeiten der Dienststelle in der Potsdamer Straße ist das Büro umgezogen in die

**Straßburger Straße 56
10405 Berlin-Prenzlauer Berg.**

Seit dem 5. November 2007 bis voraussichtlich zum Sommer 2008 erreichen uns Besucher unter dieser Adresse.

Integrationsbeauftragter aktuell



**Neu erschienen:
INTERKULTURELLER KALENDER 2008**

Für viele ist er inzwischen zu einer wichtigen und praktischen Orientierungshilfe in der unübersichtlichen Fest- und Feiertagslandschaft geworden – der Interkulturelle Kalender, den Berlins Integrationsbeauftragter Günter Piening jedes Jahr herausgibt. Gerade ist der Interkulturelle Kalender 2008 erschienen.

Für Piening dokumentiert die jährlich steigende Auflage des Kalenders, die jetzt bei 20.000 Exemplaren liegt, die wachsende Normalität des interkulturellen Alltags: „Es ist schon lange nicht mehr allein das Kirchenjahr, das den Jahresablauf der Menschen strukturiert“, so Piening.

„Die unterschiedlichen Neujahrsfeste, die Weihnachtsfeiern verschiedener christlicher Konfessionen, der Ramadan der Muslime bis hin zum türkischen Kindertag oder auch Christopher-Street-Day und selbst Halloween - um nur einige Beispiele herauszugreifen - sind wichtige Daten im Kalender der unterschiedlichsten Bevölkerungsgruppen. Und das gilt keineswegs nur in Berlin, das von den zahlreichen Religionen und Kulturen der Einwanderungsgesellschaft mitgeprägt und dazu überwiegend konfessionslos ist.“

„Rücksicht auf kulturelle und religiöse Traditionen von Nachbarn, Geschäftspartnerinnen, Freunden, Kolleginnen oder Mitschülern zu nehmen, ist Zeichen gegenseitigen Respekts“, so Piening weiter. Diese kulturelle Vielfalt spiegelt der Interkulturelle Kalender wider

Als Jahresübersicht im DIN-A-3-Format ist er ideal für Schulen, Büros, Behörden, Firmen oder Privatwohnungen und gibt rasch Auskunft über die wichtigsten Feste und Feier- und Gedenktage.

(Fortsetzung rechts oben)

Den „Interkulturellen Kalender 2008“ hat in bewährter Weise Frau Gertrud Wagemann zusammengestellt. Gegen eine Schutzgebühr von 0,50 € pro Exemplar ist der Interkulturelle Kalender 2008 erhältlich beim

Bbeauftragten des Senats für Integration und Migration
Postanschrift:
Potsdamer Straße 65
10785 Berlin

Tel.: (030) 9017 - 2357 oder 9017 – 2322

Fax: (030) 9017 - 2320

E-Mail: Integrationsbeauftragter@intmig.verwalt-berlin.de

Außerdem steht der Kalender auch wieder auf den Internetseiten des Integrationsbeauftragten als Download bereit unter:

<http://www.berlin.de/lb/intmig/publikationen/kalender/index.html>

**Hinweis für Besucher/innen und Selbstabholer:
Wegen Umbauarbeiten zieht unser Büro in der Zeit vom 5.11.2007 bis ca. Sommer 2008 um. Die neue Besucheranschrift lautet:**

**Straßburger Straße 56
10405 Berlin-Prenzlauer Berg**

Integrationsbeauftragter aktuell

**Europäische Union
Europäischer Flüchtlingsfonds (EFF)
AUFRUF ZUR EINREICHUNG
VON PROJEKTANTRÄGEN**

Frist: 31.01.2008

Die Frist zur Abgabe von Anträgen und Ergänzungsanträgen auf Gewährung von Zuwendungen aus dem Europäischen Flüchtlingsfonds für das Förderjahr 2008 endet am 31.01.2008. Die Aufforderung zur Einreichung von Anträgen finden Sie im Internet unter:

www.bamf.de/clin_006/nn_443130/DE/Integration/EFF/eff-node.html?_nnn=true

Für weitere Informationen siehe den EFF-Infobrief des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) unter:

http://www.bamf.de/clin_006/SharedDocs/Anlagen/DE/Integration/Downloads/EFF/EFFInfobrief/2007/eff-infobrief-2007-04.templateId=raw.property=publicationFile.pdf/eff-infobrief-2007-04.pdf

Berliner Anträge sowie Anträge mit bundesweiter Ausrichtung von Berliner Antragstellern richten Sie bitte bis zum 31.1.2008 (Poststempel) an:

(Postanschrift)
Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales
Büro des Beauftragten des Senats für Integration und Migration
Herrn Dr. Robin Schneider
EFF-Koordinationsstelle für das Land Berlin
Potsdamer Straße 65
10785 Berlin

Bitte verwenden Sie ausschließlich die neu erstellten Antragsvordrucke zum EFF für die 3. Förderperiode, die in Kürze auf den Seiten des BAMF im Internet veröffentlicht werden.

**Europäischer Integrationsfonds (EIF)
Ankündigung**

Im Rahmen des neu eingerichteten Europäischen Integrationsfonds (Nachfolge der INTI-Haushaltlinie) werden den EU-Mitgliedstaaten für den gesamten Zeitraum ab 2007 bis 2013 825 Mio € zur Verfügung gestellt. Der Anteil Deutschlands für das Förderjahr 2007 beträgt rund 10,3 Mio €. Hauptzielgruppe des EIF sind neu zugewanderte Drittstaatsangehörige. Ausnahmsweise können auch Drittstaatsangehörige, die sich bereits länger in Deutschland aufhalten Nutznießer von Fördermaßnahmen sein. Förderfähig sind zudem auch Personen, die von der gesetzlichen Bleiberechtsregelung für langjährig Geduldete profitieren. Projekte dürfen im Rahmen des Mehrjahresprogramms bis zu maximal drei Jahre lang gefördert werden.

Gefördert werden Maßnahmen in den Bereichen:

- Aufnahmeverfahren (Entwicklung und Verbesserung der Aufnahmeverfahren unter Einbeziehung von Experten),
- Handlungskonzepte und deren Umsetzung auf Projektebene (Dienstleistungen, die dem begünstigten Personenkreis direkt zugute kommen. U.a. Unterstützung hilfsbedürftiger Personengruppen, Jugendlicher und Hochqualifizierter),
- Politische Integrationskonzepte und Verbesserung von Infrastrukturen auf nationaler und EU Ebene (Übergeordnete und strukturelle Maßnahmen, Verbesserung der infrastrukturellen, politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, insbesondere im Hinblick auf interkulturelle Kompetenz und Sensibilität der Aufnahmegesellschaft).

Ausschreibungen für den nationalen EIF (für das Förderjahr 2007) erfolgen – nachfristig - voraussichtlich im Dezember 2007 oder im Januar 2008. Fristende wird voraussichtlich März 2008 sein.

Weitere Informationen erhalten Sie in Kürze unter

<http://www.bamf.de>

und in den nächsten Ausgaben von Berlin International.

**MIGRANTENVERTRETERINNEN UND
-VERTRETER DES INTEGRATIONSBEIRATS
GEWÄHLT:**

„Breite Debatte des Integrationskonzeptes vorantreiben“

In der Werkstatt der Kulturen sind am Mittwochabend, den 24. Oktober 2007, die Repräsentanten der Berliner Migrantinnen und Migranten für die 3. Wahlperiode (2007–2009) des Landesbeirates für Integrations- und Migrationsfragen gewählt worden.

Wahlberechtigt waren Vertreterinnen und Vertreter von 112 Migrantenvereinen, die sich auf einer bei der Senatsverwaltung für Inneres und Sport öffentlich geführten Liste eingetragen hatten. Um die sechs Plätze im Integrationsbeirat bewarben sich 11 Kandidatinnen und Kandidaten. Zur Sicherstellung einer ausgewogenen Repräsentanz, waren 5 der 6 Plätze für bestimmte Herkunftsregionen vorgesehen worden. Von den 112 wahlberechtigten Vereinen erschienen 48. Dies ist ein erheblicher Anstieg gegenüber der letzten Wahl in 2005, an der sich 30 Wahlberechtigte beteiligt hatten.

(Fortsetzung nächste Seite)

Integrationsbeauftragter aktuell*(Fortsetzung)*

Gewählt wurden:

1. Für die Region Europäische Union:
Frau Judy Gummich
Frau Elena Brandalise (Stellvertreterin)
2. Für die Region Europa außerhalb der Europäischen Union:
Frau Tatjana Forner
Herr Gayane Arpinyan (Stellvertreter)
3. Für die Region Türkei:
Herr Dr. Mehmet Alpek
Frau Nazire Karaman (Stellvertreter)
4. Für die Region Naher und Mittlerer Osten, Pakistan, Indien:
Herr Hamid Nowzari
5. Für die Region Fernost, Afrika, Süd-, Mittel- und Nordamerika:
Herr Yonas Endrias
6. Für den Sitz ohne regionale Quotierung:
Herr Hakan Taş
Frau Bosiljka Schedlich (Stellvertreterin)

Integrationsssenatorin Heidi Knake- Werner unterstrich während der Wahlveranstaltung die bisherigen Erfolge des Landesbeirates bei der Fortentwicklung der Integrationspolitik des Landes Berlin. „Die Arbeit des Integrationsbeirates ist keine Alibiveranstaltung, sondern eine wesentliche Grundlage für die Partizipation von Migrantinnen und Migranten“, so die Senatorin. Dies zeige sich zum Beispiel an der vom Integrationsbeirat vorgeschlagenen und vom Senat inzwischen beschlossenen Bundesratsinitiative zur Einführung des kommunalen Wahlrechts für DrittstaatlerInnen.

Für die kommende Wahlperiode kündigte die Senatorin als Vorsitzende des Integrationsbeirates eine breite Debatte über das Integrationskonzept 2007 sowie die zügige Erarbeitung eines Berliner Aktionsplans gegen ethnische Diskriminierung und Rassismus an – und zwar gemeinsam – Senat und MigrantInnenvertreterInnen aus dem Integrationsbeirat.

Der Berliner Senat hatte im Jahr 2003 die Einrichtung des Landesbeirates für Integrations- und Migrationsfragen beschlossen. Der Integrationsbeirat umfasst insgesamt 29 Mitglieder.

Außer den gestern gewählten Vertreterinnen und -vertretern der Migrantenvereine sind alle Senatsverwaltungen und die Senatskanzlei durch Staatssekretärinnen oder Staatssekretäre vertreten sowie der Rat der Bürgermeister und mehrere nichtstaatliche Organisationen. Vorsitzende des Beirats ist die Senatorin Frau Dr. Heidi Knake- Werner; Geschäftsführer der Beauftragte für Integration und Migration, Günter Piening.

Der Landesbeirat für Integrations- und Migrationsfragen tritt am 28. November 2007 im Berliner Rathaus zur konstituierenden Sitzung seiner dritten Wahlperiode zusammen.

Weitere Informationen zum Landesbeirat für Integrations- und Migrationsfragen:

<http://www.berlin.de/lb/intmig/beirat/index.html>

„JUGENDSCHUTZ – WIR WISSEN BESCHIED!“ Drehscheibe klärt über das Jugendschutzgesetz auf



Was ist beim Gaststättenbesuch zu beachten? Welche Bestimmungen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen gelten für den Erwerb und Gebrauch von Bildschirmspielen? Dürfen Jugendliche Alkohol trinken?

Diese und viele weitere wichtige Fragen zum Jugendschutz werden durch eine neue Informationskarte auf anschauliche Weise beantwortet. Das neue Jugendschutzmaterial ist wie eine Parkscheibe mit einer Drehscheibe versehen, mit der unter anderem die aktuellen Bestimmungen zum Rauchen, zum Konsum von Alkohol, zur Mediennutzung und zum Glücksspiel erkundet werden können.

Nach dem erfolgreichen Start der Berliner Kampagne zum Jugendschutz Ende August dieses Jahres wird von der Fachstelle für Suchtprävention im Land Berlin, der Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz, der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung und dem Beauftragten des Berliner Senats für Integration und Migration mit der Herausgabe der Drehscheibe der zweite Schritt innerhalb der Kampagne gemacht. Die Drehscheiben werden an Jugendliche, aber auch an ihre Eltern verteilt, sie passen in jede Hand- und Hosentasche. Das neue Jugendschutzmaterial soll dazu beitragen, eine Kultur der Verantwortung in der Stadt weiter zu stärken. Denn nur wer den Jugendschutz kennt, kann ihn auch einhalten.

E-Mail: fachstelle.suchtpraevention@padev.de

Internet: <http://www.berlin-suchtpraevention.de>

Integrationsbeauftragter aktuell**MEHR CHANCEN FÜR DIE
BERUFLICHE INTEGRATION
VON ASYLSUCHENDEN UND GEDULDETEN**

Die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales teilt mit:

Die im Nationalen Thematischen Netzwerk Asyl zusammengeschlossenen Projekte der Gemeinschaftsinitiative EQUAL haben auf einer Konferenz in Berlin eine Bilanz ihrer Arbeit gezogen und Ergebnisse in der Form eines Memorandums präsentiert. Dazu erklärten die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales gemeinsam: Für Asylsuchende und Geduldete war der Zugang zu Bildung und Arbeitsmarkt lange versperrt. Ihr Wissen und ihre Kompetenzen konnten sie nicht oder nur begrenzt einbringen. Mit der europäischen Gemeinschaftsinitiative EQUAL wurden sie erstmals in Deutschland in ein Beschäftigungsprogramm einbezogen.

In sechs Jahren Projektarbeit wurde gezeigt, dass eine Vermittlung in Ausbildung und Beruf möglich ist. Menschen mit ungesichertem Aufenthalt konnten ihre vielfältigen Potenziale erfolgreich in den deutschen Arbeitsmarkt einbringen. Prof. Dr. Maria Böhmer, Staatsministerin im Bundeskanzleramt und Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration sagte: "Mit der Neuregelung des Zuwanderungsgesetzes wird zehntausenden Asylsuchenden und Geduldeten die Tür zum Arbeitsmarkt und damit zu einer gesicherten Perspektive in Deutschland eröffnet. Die EQUAL-Projekte haben gezeigt, dass sich in dieser Gruppe viele motivierte, talentierte und fähige Menschen befinden, die in den Arbeitsmarkt integriert werden können und deren Potenziale wir im Interesse unserer Wirtschaft und Gesellschaft nutzen sollten. Meine Bitte an die Arbeitgeber ist, diesen Menschen Chancen zu geben."

Kajo Wasserhövel, Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales: "Als Resultat der viel versprechenden Ideen und Anregungen der Asyl-Projekte der Gemeinschaftsinitiative EQUAL wird das BMAS in der nächsten ESF-Förderrunde die Themen Asyl und Opfer von Menschenhandel im Rahmen eines transnationalen Programms erneut mit in die Förderung einbeziehen. Auch für die jugendlichen und langjährig Geduldeten, die von der neuen Bleiberechtsregelung erfasst werden, wird ein aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds finanziertes Bundesprogramm aufgelegt. Bei der Umsetzung wünsche ich mir eine gemeinsame Anstrengung aller relevanten Arbeitsmarktakteure." Dr. Heidi Knake-Werner, Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales teilte mit: "Die EQUAL Entwicklungspartnerschaften aus dem Themenbereich Asyl haben in den vergangenen Jahren viel für die Integration von Asylsuchenden und geduldeten Flüchtlingen in Deutschland geleistet. Mit Kreativität und Engagement haben sie die engen rechtlichen Grenzen ausgedehnt."

Mehrere Hundert vor allem junge Flüchtlinge konnten so in den letzten Jahren eine Ausbildung beginnen, davon allein mehr als 50 in Berlin. Sie erhielten damit eine Perspektive für eine gesicherte Zukunft in Deutschland. Viele heute noch bestehende Benachteiligungen für Asylsuchende und Geduldete auf dem Arbeitsmarkt sollten auch aus demografischen Gründen aufgehoben werden." Auf der Konferenz in Berlin wurden ausgewählte Good Practice-Modelle vorgestellt und mit einer Fachöffentlichkeit die bundesweite und branchenübergreifende Übertragbarkeit diskutiert. Zudem wurden Handlungsempfehlungen an Politik, Verwaltung und Wirtschaft gegeben, wie die berufliche Integration von Asylsuchenden und Geduldeten verbessert werden kann. Weitere Informationen:

Deutsches Rotes Kreuz-
Generalsekretariat
Team Migration und Integration,
Projekt "Migration, Asyl und Arbeitsmarkt"
Alexander Kraake Tel. (030) 85 404-217,
Mobil (0179) 509 80 28

E-Mail: KraakeA@drk.de
Internet: <http://www.equal-asyl.de>.

(PM vom 29.10.2007, Integration / Migration / Auslaender)

**Integrationsssenatorin Knake-Werner:
"GEWALT IST KEINE LÖSUNG"**

Die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales teilt mit:

Berlins Senatorin für Integration; Arbeit und Soziales Dr. Heidi Knake-Werner erklärt zur gemeinsamen Erklärung des Türkischen Bundes Berlin-Brandenburg (TBB) und der Kurdischen Gemeinde Berlin: "Ich begrüße die gemeinsame Initiative des TBB und der Kurdischen Gemeinde, die türkischen und kurdischen Berlinerinnen und Berliner zu Gewaltverzicht und zu friedlichem Miteinander aufzurufen. Ich unterstütze alle weiteren Bemühungen der kurdischen und türkischen Communities, die Spannungen zwischen beiden Gruppen in Berlin abzubauen und gemeinsam zu agieren. Mit den kurdischen und türkischen Elternvereinen zusammen möchte ich Wege finden, um die Unruhe bei Jugendlichen zu dämpfen. Dazu braucht es vor allem den Dialog. Polarisierungen, von welcher Seite auch immer, sind kontraproduktiv. Und es bedarf der politischen Auseinandersetzung: Nationalismus ist mit einer demokratischen Gesellschaftsordnung nicht vereinbar. Auch deshalb sind nationalistische Gewaltausbrüche zu verurteilen." Die Senatorin betonte weiter, dass es eine gute Berliner Tradition sei, nicht das Trennende, sondern die Gemeinsamkeiten als Grundlage des Miteinanders in der Stadt in den Vordergrund zu stellen. "Das Fundament unserer Arbeit in der Hauptstadt ist es, das Zusammenleben von Bürgerinnen und Bürgern zu gestalten, gemeinsame Positionen zu entwickeln und die demokratischen Kräfte zu stärken."

(PM vom 01.11.2007, 13:45 Uhr, Senat)

Integrationsbeauftragter aktuell**PRESSESPIEGEL**

Ausgewählte Artikel der Berliner Printmedien zu integrationspolitischen Themen im Monatsrückblick

Förderung von Projekten gegen Rechtsextremismus

Taz, 25.10.2007

<http://www.taz.de/nc/1/archiv/print-archiv/printressorts/digi-artikel/?ressort=bt&dig=2007%2F10%2F25%2Fa0185&src=Gl&cHash=aaeb91184a>

<http://www.taz.de/nc/1/archiv/print-archiv/printressorts/digi-artikel/?ressort=bt&dig=2007%2F10%2F25%2Fa0182&src=Gl&cHash=b5b8bafde3>

Wahl der Migrantenvertreter/innen im Integrationsbeirat

Taz, 26.10.2007

<http://www.taz.de/nc/1/archiv/print-archiv/printressorts/digi-artikel/?ressort=bl&dig=2007%2F10%2F26%2Fa0166&src=Gl&cHash=cbc75ecee6>

Türkisch-kurdische Auseinandersetzungen

Berliner Zeitung, 1.11.2007

http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/print/seite_3/698500.html

Migranten im Öffentlichen Dienst

Tagesspiegel, 9.11.2007

<http://www.tagesspiegel.de/berlin/Brandenburg;art128,2416347>

Berliner Zeitung, 10.11.2007

<http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2007/1110/lokales/0093/index.html>

Kooperation zwischen Polizei und Ahmadiyya-Gemeinde

Taz, 27.11.2007

<http://www.taz.de/nc/1/archiv/print-archiv/printressorts/digi-artikel/?ressort=bl&dig=2007%2F11%2F27%2Fa0130&src=Gl&cHash=453f1eaa7a>

Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler

**ZIELPROGRAMM STÄRKT
BLEIBEWILLEN DER RUSSLANDDEUTSCHEN**

Der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Christoph Bergner, MdB, begrüßt das von Russland verabschiedete Föderale Zielprogramm zugunsten der Russlanddeutschen in der Russischen Föderation.

Bergner: „Ich freue mich, dass sich Deutschland und Russland zu ihrer gemeinsamen Verantwortung gegenüber den Russlanddeutschen bekennen. Wir begrüßen, dass mit dem Programm zur Stärkung der kulturellen Identität der Deutschen in Russland beigetragen und damit aktive Minderheitenpolitik gemäß dem Rahmenübereinkommen des Europarates geleistet wird. Mit der russischen Regierung stimmen wir darin überein, dass durch das Programm der Bleibewillen der Russlanddeutschen gestärkt wird.“

Das Programm ist die Basis dafür, die Hilfenpolitik am Grundsatz der Nachhaltigkeit zu orientieren. Die gemeinsame Hilfenpolitik für die Deutschen in Russland ist ein Beispiel für konstruktive deutsch-russische Kooperation.“

Die deutsche Bundesregierung hat sich im Rahmen von Regierungskonsultationen und durch Gespräche des Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen Dr. Bergner mit den zuständigen Ministern der russischen Regierung beharrlich für das Zustandekommen eines solchen Programms eingesetzt. Insbesondere während der Sitzung der Deutsch-Russischen Regierungskommission für die Angelegenheiten der Russlanddeutschen im März dieses Jahres in Belokuricha war das Programm Gegenstand intensiver Verhandlungen.

Das Programm richtet sich an die bis heute in Russland lebenden Angehörigen der deutschen Minderheit. Die geplanten Leistungen des russischen Staates korrespondieren mit den Hilfeleistungen der Bundesregierung für die Russlanddeutschen und machen die Unterstützung dieser Volksgruppe zu einem gemeinsamen Anliegen der beiden Staaten. Den von russischer Seite in den Jahren 2008-2012 jährlich vorgesehenen ca. 16 Mio. Euro stehen gegenwärtig 9,5 Mio. Euro pro Jahr von deutscher Seite gegenüber. Ziel dieses gemeinsamen Vorhabens ist die Unterstützung des ethno-kulturellen Potentials, die Verbesserung der Infrastruktur, der sozialen Einrichtungen (Schulen, Krankenhäuser, Kulturzentren, Jugendinitiativen) und der Wohnsituation für die in der Russischen Föderation lebenden Angehörigen der deutschen Minderheit.

Anlässlich der nächsten Sitzung der Deutsch-Russischen Regierungskommission für Angelegenheiten der Russlanddeutschen, die im ersten Halbjahr 2008 in Deutschland stattfindet, wird die konkrete Umsetzung der gemeinsamen Projekte erörtert werden.

(Pressemitteilung BMI vom 12. September 2007)

INFORMATION ZUR SUCHTPRÄVENTION**Alle in Berlin neu eingereisten Aussiedler/innen werden zu den Gefahren von Sucht und deren Prävention informiert**

Aufklärung zum Thema Suchtprävention für neu eingereiste Aussiedlerinnen und Aussiedler ist wichtiger denn je, da im Jahr 2006 ihr Anteil mit rund 10% an der Gesamtzahl der Drogentoten in Deutschland weiterhin sehr hoch war und ist.

So gilt es, gerade für die Neuangekommenen das Problembewusstsein für das Thema Sucht und deren Gefahren zu wecken und über die Möglichkeiten der Hilfe zu informieren.

Am 26. September 2007 hat deshalb die Fachstelle für Suchtprävention zum ersten Mal in der zentralen Aufnahmestelle für Aussiedler in Berlin im Landesamt für Gesundheit und Soziales bei der Informationsveranstaltung für die neu eingereisten Aussiedler und Aussiedlerinnen mit einem eigenem Themenblock mitgewirkt.

Sie wird nun monatlich alle Aussiedlerinnen und Aussiedler zu Themen der Suchtvorbeugung informieren und aufklären. Die Entstehung von Sucht wird anschaulich gemacht und die Bestimmungen des Jugendschutzgesetzes in Deutschland werden einfach und verständlich erklärt. Die Empfehlungen, wie z.B. wie Eltern bei der Vermutung eines Suchtmittelkonsums des eigenen Kindes mit Ihrem Kind sprechen können, werden auch in die russische Sprache übersetzt.

Entsprechende Informationsmaterialien in deutscher und russischer Sprache werden bei diesen Informationsveranstaltungen verteilt.

Die Fachstelle für Suchtprävention tritt dafür ein, dass allen Menschen in Berlin gleichermaßen Angebote der Gesundheitsförderung und Prävention zugänglich sind. Daher ist es ein wichtiger Baustein, auch alle Menschen, die als Aussiedler nach Berlin kommen, zu diesen Themen zu informieren. Zudem kommen die Menschen aus Staaten, in denen es ein anderes Verständnis von Sucht und Suchtvorbeugung gibt und ein Hilfesystem wie es in Deutschland vorgehalten wird nicht existiert.

Fachstelle für Suchtprävention im Land Berlin
pad e.V.
Mainzer Strasse 23
10247 Berlin

Tel. (030) 29 35 26 15
Fax. (030) 29 35 26 16

E-Mail: fachstelle.suchtpraevention@padev.de

Internet: <http://www.berlin-suchtpraevention.de>

Aus dem Landespressedienst

Pressemitteilung vom 25.10.2007, 12:15 Uhr
Kultur

**FÖRDERUNG IM BEREICH INTERNATIONALER
KULTURAUUSTAUSCH FÜR DAS JAHR 2008
AUSGESCHRIEBEN**

Die Kulturverwaltung des Berliner Senats weist darauf hin, dass für die Projektförderung im Bereich Internationaler Kulturaustausch ab sofort Zuschüsse für das Förderjahr 2008 beantragt werden können. Die Vergabe der Fördermittel erfolgt unter dem Vorbehalt der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel. Gefördert werden herausragende Kooperationsprojekte aller Kunstsparten mit geeigneten Partnern des Internationalen Kulturaustauschs, die nachhaltige Kontakte erwarten lassen. Die Förderung ist bestimmt für zeitlich begrenzte Projekte (Ausstellungen, Konzerte, Gastspiele etc.). Künstlerische Qualität und Nachhaltigkeit der Koproduktionen sind ausschlaggebend für eine Förderung. Vorrangig werden Zuschüsse zu Reise- und Transportkosten gewährt. Die Fördermittel werden vierteljährlich vergeben. Einreichfristen für die Projektförderung 2008 sind: 10. Dezember 2007 / 10. März 2008 / 10. Juni 2008 / 10. Oktober 2008 Die für die Bewerbung erforderlichen Unterlagen können ab sofort bei Der Regierenden Bürgermeister von Berlin Senatskanzlei - Kulturelle Angelegenheiten - Referat V D Brunnenstr. 188 - 190 abgeholt oder im Internet unter <http://www.kultur.berlin.de> abgerufen werden.

Rückfragen: Inge Hildebrandt, Telefon: 90 228 759

Pressemitteilung vom 25.10.2007, 11:10 Uhr
Kultur

**ARBEITSSTIPENDIEN FÜR BERLINER
AUTORINNEN UND AUTOREN
FÜR DAS JAHR 2008 AUSGESCHRIEBEN**

Die Kulturverwaltung des Berliner Senats vergibt auch 2008 Arbeitsstipendien für Berliner Schriftstellerinnen und Schriftsteller, die ihren Lebensmittelpunkt in Berlin haben. Die 12 Stipendien sind mit monatlich 2.000 Euro dotiert und werden in der Regel für 6 Monate vergeben (12.000 Euro). Ab sofort können sich Interessierte das Merkblatt und die Bewerbungsunterlagen im Internet unter www.kultur.berlin.de (Externer Link) ausdrucken. Es besteht auch die Möglichkeit, sich die Unterlagen beim Pförtner in der Kulturverwaltung des Berliner Senats, Brunnenstraße 188-190, 10119 Berlin, abzuholen. Nähere Informationen sind unter der Telefonnummer (030) 90228 536 zu erhalten. Bewerbungsschluss ist der 31. Januar 2008 (Poststempel).

Rückfragen: Wolfgang Meyer, Telefon: 90 228 536

Pressemitteilung vom 30.10.2007, 13:40 Uhr
Inneres

**SECHS PROJEKTE MIT DEM
BERLINER PRÄVENTIONSPREIS 2007
AUSGEZEICHNET**

Die Senatsverwaltung für Inneres und Sport teilt mit:

Vor über 500 Gästen des 8. Berliner Präventionstages am Mittwoch in Berlin hat der Senator für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Prof. Dr. Jürgen E. Zöllner, sechs Projekte mit dem Berliner Präventionspreis 2007 der Landeskommission Berlin gegen Gewalt ausgezeichnet.

Der 1. mit 6.000 EUR dotierte Preis ging an das Projekt "Stadtteilmütter in Neukölln" des Diakonischen Werks Neukölln - Oberspree e.V. In allen Quartiersmanagementgebieten Neuköllns kommen die inzwischen 80 ausgebildeten Stadtteilmütter türkischer und arabischer Herkunft zum Einsatz - bis Ende des Jahres in rund 500 Familien. Sie beraten und informieren Eltern aus den Communities der Migrantinnen und Migranten zu allen Fragen rund um die Erziehung, insbesondere mit Blick auf Kinder bis zu 6 Jahren.

Mit dem 2. mit 4.000 EUR dotierten Preis wurde das Projekt "Die Realisation des reformpädagogischen Konzepts 'Jenaplanschule' nach Peter Petersen als Lebensgemeinschaftsschule" der Peter - Petersen - Grundschule in Neukölln ausgezeichnet. Wichtige Merkmale einer Jenaplanschule sind: Jahrgangsgemischte Klassen (1.-3. Klasse und 4.-6. Klasse), die gemeinsame Verantwortung für die Schule von Lehrkräften, Schülerinnen, Schülern und Eltern, die Grundformen des Zusammenlebens - Gespräch, Arbeit, Spiel und Feier sowie die Rhythmisierung der Woche.

Der 3. mit 2.500 EUR dotierte Preis ging an das Projekt "Roma - Schulmediation" der Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie e.V. (RAA Berlin e.V.). An zwei Grundschulen und einer Gesamtschule im Wedding sowie an einer Grundschule in Neukölln betreuen Roma - Schulmediatoren Roma - Kinder und beraten deren Eltern in allen mit der Bildung ihrer Kinder zusammenhängenden Fragen. Sie tragen dazu bei, dass Kinder von Roma, die zu den am härtesten von Mehrfachbenachteiligungen und Rassismus betroffenen Minderheitengruppen in Deutschland zählen, mehr als bisher an Bildungsprozessen teilhaben können. Den von der Initiative Schutz vor Kriminalität gestifteten Sonderpreis (1.000 EUR) erhielt das Projekt "TanzZeit - Zeit für Tanz an Schulen" des Dachverbandes für Zeitgenössischen Tanz Berlin e.V. An 65 Berliner Schulen, in 214 Klassen tanzten bereits 5.350 Kinder einmal wöchentlich ein halbes Jahr lang unter Anleitung professioneller Tänzer und Choreographen. Konzentrationsübungen, Rhythmus und künstlerischer Selbstausdruck stehen auf dem Programm. Tanz wirkt Ausgrenzung entgegen und fördert gegenseitigen Respekt.

(Fortsetzung nächste Seite)

Aus dem Landespressedienst

(Fortsetzung)

Der von der Unfallkasse Berlin gestiftete Sonderpreis (1.000 EUR) ging an das Projekt "Ich schaffs - Club" der Annedore - Leber - Grundschule. Im "Ich schaffs - Club" arbeiten Kinder an selbst formulierten Zielen, die ihr Verhalten verbessern wollen. Der "Ich schaffs - Club" ist eingebettet in eingut etabliertes System von Verantwortungsübernahme von Kindern für Kinder. Dazu zählen Konfliktlotsen, Buddys (Helfer) und Schülertutoren.

Das Projekt "Elternarbeit im Mädchennotdienst" des Mädchennotdienstes Wildwasser e.V. erhielt den von der SECURITAS Sicherheitsdienste GmbH & Co.KG gestifteten Sonderpreis (1.000 EUR): Vor dem Hintergrund langjähriger Erfahrung wurde die Arbeit mit den Familien der im Mädchennotdienst untergebrachten Mädchen erheblich intensiviert und ausgebaut. Der Weggang der Mädchen aus der Familie wird nicht nur als Krise, sondern auch als Chance für eine mögliche Rückkehr in die Familie gesehen.

Der Vorsitzende der Landeskommision Berlin gegen Gewalt, Staatssekretär Thomas Härtel erklärt dazu: "Mit dem Berliner Präventionspreis der Landeskommision Berlin gegen Gewalt ehren wir vorbildliche Projekte der Gewalt- und Kriminalitätsprävention. Die Preisverleihung ist ein wichtiges Instrument zur Förderung und zur Weiterentwicklung der Prävention in unserer Stadt. Ohne die vielen Projekte, Institutionen und Netzwerke, die sich zum Teil seit vielen Jahren für ein friedliches und gewaltfreies Zusammenleben engagieren, wäre Berlin weniger lebenswert. Unsere Botschaft lautet deshalb: Prävention lohnt sich. Jeder kann sich engagieren, ob jung oder alt, ob professionell oder ehrenamtlich. Es geht um unsere Stadt und um unsere Kinder, die ein Recht haben, in Würde aufzuwachsen."

<http://www.berlin-gegen-gewalt.de>.

Rückfragen: Nicola Rothermel, Telefon: (030)9027-2730

Pressemitteilung vom 08.11.2007, 12:15 Uhr

Bürgermeisterreden

**GEDENKVERANSTALTUNG
ZUM 69. JAHRESTAG
DER NOVEMBERPOGROME**

Es gilt das gesprochene Wort! Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit, erklärt im Rahmen der Gedenkveranstaltung der Jüdischen Gemeinde zu Berlin anlässlich des Jahrestages der Novemberpogrome am 8. November 2007 u.a.:

Wir sind zusammengekommen, um uns vor den Opfern des Nazi-Terrors zu verneigen. Am 9. November vor 69 Jahren brannten in Berlin und in ganz Deutschland die Synagogen: Ein Tag der Schande, ein Tag, der zum Symbol der Barbarei geworden ist.

Am 9. November 1938 zeigten die Nazis - wie so häufig - ihr wahres Gesicht. Zigtausende Juden wurden in die Konzentrationslager deportiert, viele von ihnen wurden dort ermordet. Vor aller Augen wurden Juden gedemütigt, Geschäfte von Juden zerstört, jüdische Friedhöfe geschändet. Heute wissen wir: Der Weg führte vom 9. November 1938 nach Auschwitz und an die vielen anderen Orte, die wir nicht vergessen dürfen.

Nicht vergessen: Das ist der Sinn unseres Gedenkens. Nicht vergessen heißt: Der Opfer zu erinnern, ihrer Leiden zu gedenken und die Täter sowie alle, die antisemitisch hetzen, zu ächten. Der 9. November ist ein wahrhaft "deutsches Datum". Heute denken wir in besonderer Weise auch an den 9. November des Jahres 1989, also an den Tag vor 18 Jahren, an dem die Mauer fiel. Das war gewiss, wie Walter Momper es damals ausdrückte, der Tag, an dem die Deutschen das "glücklichste Volk der Welt" waren. Manche hatten damals die ernste Sorge, dass uns über die Freude am jungen Glück die Erinnerung an den weiter zurückliegenden Schrecken abhanden kommen würde. Schlimmer noch, dass der Tag der Wiedervereinigung den 9. November 1938 aus dem kollektiven Erinnern verdrängen könnte. Und dass dies Vielen sehr gelegen käme.

Wir können heute feststellen, dass die "Entsorgung der Vergangenheit", die damals von manchen befürchtet wurde, nicht stattgefunden hat. Die weit überwiegende Mehrheit unserer Gesellschaft teilt das Bedürfnis, das Gedenken an die Opfer der Nazi-Barbarei und des Holocausts wach zu halten und nicht zu vergessen, was damals von Deutschen und in deutschem Namen angerichtet wurde. Das ist eine Grundlage unseres freiheitlich-demokratischen Gemeinwesens. Und das bedeutet auch: Wer die deutschen Verbrechen beschönigt oder leugnet, wer antisemitisch und fremdenfeindlich hetzt, ist ein Feind unseres Staates, der mit aller Härte bekämpft werden muss. Deshalb ist es auch wichtig, dass Veranstaltungen wie diese, dass die vielen historischen Erinnerungsorte und auch das Mahnmal für die Ermordeten Juden Europas zum Gedenken einladen. Das Gedenken an die Opfer des Holocausts ist ein wichtiges Stück gelebte Demokratie. Das Gedenken steht nicht still, es ist lebendig, es muss in jeder Zeit neu behauptet werden. Deshalb müssen wir dem Erinnern neue Orte und Räume erschließen.

Dazu gehört zum Beispiel die neu entstehende Topografie des Terrors, dazu gehören die Gedenktafeln für die "Stillen Helden" und die Stolpersteine. Und für die Zukunft hat etwas anderes eine große Bedeutung: die vielen Schülerinnen und Schüler, die sich oft mit großer Ernsthaftigkeit und starkem Engagement mit der Geschichte auseinandersetzen. Aktives Erinnern heißt, das aufrichtige Gedenken mit der nächsten Generation zu teilen und sich immer wieder und unabhängig von eigener Schuld oder Verstrickung die bohrende Frage zu stellen: Wie konnte es dazu kommen? Und was können wir dafür tun, dass nie wieder geschieht, was damals geschah?

(Fortsetzung nächste Seite)

Aus dem Landespressedienst

(Fortsetzung)

Der 9. November 1938 ist ohne den 30. Januar 1933 nicht denkbar. Der Machtübertragung an die Nazis ging die systematische Zerstörung der Republik durch ihre Feinde voraus. Wenn wir nach Weichenstellungen suchen, die ins Verbrechen führten, dann liegt einer der Schlüssel gewiss darin, dass die demokratischen Institutionen nicht stabil waren und dass es zu wenige Republikaner (im wirklichen Sinne des Wortes!) gab, die frühzeitig und mit Zivilcourage dem heraufziehenden Unheil entgegentraten und ihm wirksam widerstanden. Wenn es also Lehren aus der jüngeren Geschichte gibt, dann diese: Ein Gemeinwesen, das sich der Humanität und der Rechtsstaatlichkeit verpflichtet sieht, bedarf des wirksamen Schutzes - des Schutzes durch die Institutionen als wehrhafte Demokratie, aber auch des Schutzes durch die Bürgerinnen und Bürger im Alltag.

Und dieser Schutz schließt auch ein Verbot von Parteien ein, die gegen unsere freiheitliche und demokratische Gesellschaftsordnung kämpfen. Ich halte es für unerträglich, dass die NPD mit dem Parteienprivileg im Rücken und ausgestattet mit staatlichen Geldern ihren Kampf führen darf, und bin sehr dafür, ein Verbotverfahren einzuleiten, wenn es Chancen auf Erfolg hat. Das Wichtigste ist, dass wir uns immer wieder den Wert unserer Demokratie bewusst machen. Dass wir für eine weltoffene und tolerante Gesellschaft eintreten, in der alle Menschen unabhängig von ihrem Glauben, ihrer Herkunft, ihrer Hautfarbe und Lebensweise Respekt genießen und frei leben können.

Für Berlin grenzt es - und dieses große Wort muss man nicht scheuen - immer noch an ein Wunder, dass heute wieder jüdisches Leben in der Stadt erblüht. Berlin ist zu einer Stadt jüdischer Einwanderung geworden. Die jüdische Gemeinde ist stark gewachsen. Es ist unbestritten und ein großes Verdienst, dass sie wichtige Integrationsarbeit leistet. Dieses Jahr ist voller wunderbarer Ereignisse, die jüdische Präsenz mitten im öffentlichen Leben Berlins symbolisieren - in der Jüdischen Gemeinde und auch darüber hinaus: die Wiedereinweihung der prachtvollen Synagoge in der Rykestraße, der 60. Jahrestag der Wiedereröffnung der Synagoge in der Pestalozzistraße, die Amtseinführung einer Rabbinerin, der große Zuspruch, den die Jüdischen Kulturtage erfahren haben, die erfolgreiche Arbeit des Touro-College mit Deutschlands erstem Institut zur Vermittlung der Holocaust-Geschichte, die Einweihung des Jüdischen Bildungs- und Familienzentrums von Chabad Lubawitsch. All diese Ereignisse symbolisieren die Vielfalt jüdischen Lebens in Berlin, sie zeugen von Selbstbewusstsein und Zuversicht. Darüber sind wir glücklich. Die Erfolge lassen uns die Geschichte nicht vergessen. Sie machen uns Mut, den ewiggestrigen Entschlossen entgegenzutreten und gemeinsam die Zukunft in unserer Stadt zu gestalten. So sollten wir es halten. Ihnen und uns allen wünsche ich auf diesem Weg viel Erfolg.

Rückfragen: Chef vom Dienst, Telefon: 9026-2411

Pressemitteilung vom 14.11.2007, 16:20 Uhr
Senat

**Jugendkongress im Berliner Abgeordnetenhaus:
SCHÜLER DISKUTIEREN
ÜBER RECHTSEXTREMISMUS**

Die Senatsverwaltung für Inneres und Sport teilt mit:

Mehr als 200 engagierte Schülerinnen und Schüler haben heute im Berliner Abgeordnetenhaus über das Thema Rechtsextremismus diskutiert. Eingeladen zu dem ganztägigen Jugendkongress unter dem Motto "in Aktion" hatte die Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Abteilung Verfassungsschutz, in Kooperation mit der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales.

Der Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses, Walter Momper, betonte die Bedeutung des ressortübergreifenden Kongresses, da die Schüler "die Wähler von morgen" seien und daher ganz gezielt von rechtsextremistischen Parteien umworben würden. Es sei wichtig, alltagstaugliche Gegenstrategien zu entwickeln. "Neonazistische Hohlköpfe" dürften an den Schulen nicht den Ton angeben. Nach einem einführenden Vortrag in das Thema Rechtsextremismus berichtete ein Aussteiger über seinen Weg aus der Szene. In unterschiedlichen Workshops arbeiteten die Schülerinnen und Schüler gemeinsam mit Wissenschaftlern, unterschiedlichen Organisationen und der Berliner Polizei zu rechtsextremistischer Musik, den Argumentationsmustern der Szene, über die NPD, zu Symbolen und Kennzeichen, rechtsextremistischer Gewalt und die Bedeutung des "modernen Antisemitismus".

In der anschließenden Diskussion "Schülerinnen und Schüler fragen Politiker", die auf der Grundlage der zusammengefassten Ergebnisse der Workshops aufgebaut war, zeigte sich, dass aus Sicht der Schüler noch mehr Aufklärung und Information über Rechtsextremismus und mögliche Gegenstrategien im Unterricht notwendig ist. Senator Ehrhart Körting sagte, dass man dem Rechtsextremismus vor allem mit Argumenten begegnen müsste. Auch die Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales, Heidi Knake-Werner, hob die Bedeutung von zivilgesellschaftlicher Courage hervor. Bildungs-Staatssekretär Dr. Hans-Gerhard Husung sagte den Schulen Unterstützung bei künftigen Projekttagen gegen Rechtsextremismus zu.

In den Pausen und nach dem offiziellen Programm hatten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Gelegenheit, den "Markt der Möglichkeiten" in der Wandelhalle zu besuchen, bei dem Jugendliche und Mitarbeiter freier Träger eigene erfolgreiche Projekte gegen Rechtsextremismus präsentieren und zum Erfahrungsaustausch bereit stehen. Am Nachmittag diskutierten die Schüler sowohl Gegenstrategien, die sich im Alltag bewährt haben, als auch neue Ansätze.

(Fortsetzung nächste Seite)

(Fortsetzung)

Ein besonderes Highlight war die Teilnahme von Basketball-Rekordnationalspieler Patrick Femerling, von Alba Berlin. Der 215 Zentimeter große Sportstar sagte, es sei wichtig, sich über Rechtsextremismus zu informieren. Vor allem junge Leute könnten dazu beitragen, rechtsextremistischem Gedankengut an den Schulen zu begegnen. Er brachte für alle Schülerinnen und Schüler Freikarten für ein Basketballspiel mit. Der Kongress wurde filmtechnisch durch die "medienakademie" Berlin, die Nachwuchs für Film und Fernsehen ausbildet, begleitet und dokumentiert.

Rückfragen: Nicola Rothermel, Telefon: (030) 9027-2730

Pressemitteilung vom 22.11.2007, 11:30 Uhr
Frauen

Internationaler Aktionstag gegen Gewalt an Frauen: BERLIN SAGT NEIN ZU GEWALT GEGEN FRAUEN

Die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen teilt mit:

Anlässlich des diesjährigen Internationalen Tages zur Beseitigung jeder Form von Gewalt gegen Frauen veranstaltet die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen am 23. November 2007 gemeinsam mit der Landeskommission Berlin gegen Gewalt, der Berliner Fachrunde gegen sexuellen Missbrauch an Mädchen und Jungen, dem Krisen- und Beratungszentrums für vergewaltigte Frauen, LARA und in Kooperation mit der World Childhood Foundation das Symposium "Vergewaltigung - eine allgegenwärtige Menschenrechtsverletzung".

Der von den Vereinten Nationen deklarierte "Internationale Tag zur Beseitigung jeder Form von Gewalt gegen Frauen" geht auf die Verschleppung, Vergewaltigung und Ermordung von drei Frauen im Jahr 1960 in der Dominikanischen Republik durch Soldaten des damaligen Diktators Trujillo zurück. Seit dem 25. November 1981 wird weltweit durch Aktionen, Veranstaltungen und Tagungen von Frauenprojekten und Initiativen, aber auch von staatlicher Seite zur Beendigung von Gewalt gegen Frauen und Kinder aufgerufen.

Die Tagung beginnt mit einem Vortrag von Prof. Liz Kelly von der Metropolitan University in London, die einen Überblick über neue Ansätze zum Umgang mit Vergewaltigung in Großbritannien gibt. Bei der anschließenden Podiumsdiskussion wird den Fragen nachgegangen, wie die Interessen der Betroffenen und der Strafverfolgungsbehörden in der Bundesrepublik und Berlin besser in Übereinstimmung gebracht werden können, welche Unterstützung hierfür benötigt wird und wie niedrigschwellige Hilfen konzipiert sein müssen, um vor allem junge Frauen und Frauen mit Behinderungen zu unterstützen.

Dabei diskutieren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auch, ob es möglich ist, einzelne Elemente der Interventionsmodelle zu häuslicher Gewalt in eine Interventionskette bei sexueller Gewalt zu übertragen. Sexuelle Gewalt wird entgegen der immer noch verbreiteten Meinung seltener von Fremden sondern am häufigsten von Verwandten und Bekannten ausgeübt. Laut einer Studie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aus dem Jahr 2004 hat fast jede siebte in der Bundesrepublik lebende Frau Erfahrungen mit sexueller Gewalt gemacht.

Nach Angaben der UN und deutschsprachigen Studien sind behinderte Mädchen und Frauen etwa doppelt so häufig von sexueller Gewalt betroffen wie nicht behinderte Mädchen und Frauen. In Berlin ist insgesamt eine leicht steigende Tendenz von 553 in der Polizeilichen Kriminalstatistik erfassten Fällen im Jahr 1997 hin zu 625 Fällen im Jahr 2006 zu beobachten. Der Anteil weiblicher Opfer liegt bei über 90%. Bei der polizeilichen Erfassung von häuslicher Gewalt wurden im Jahr 2005 und 2006 knapp 19% der Fälle der sexuellen Gewalt zugeordnet. Staatssekretärin Almuth Nehring - Venus, Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen: "Vergewaltigung ist eine Verletzung der Persönlichkeit - eine Grenzüberschreitung, die gravierende und traumatisierende Folgen für die Betroffenen hat.

Die oft langfristigen Wirkungen betreffen alle Lebensbereiche und können zu massiven Einschränkungen in der Lebensgestaltung führen. Die Betroffenen können sich im wahrsten Sinne des Wortes nicht mehr sicher fühlen. Ich sehe es daher als eine zentrale Aufgabe an, ein gesellschaftliches Klima zu schaffen, in dem den Opfern von Gewalt mit Respekt begegnet wird und das Hilfesystem niedrigschwellige Angebote zur Unterstützung bereitstellt. Dazu soll diese Tagung einen Beitrag leisten." Senatorin Katrin Lompscher, Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz: "Sexuelle Gewalt verletzt nicht nur den Körper, sondern erschüttert ebenso die psychische Stabilität der betroffenen Frauen. Oftmals sind die Folgen gravierend und werden erst später deutlich. Deshalb müssen sowohl die unmittelbaren als auch die Spätfolgen einer Vergewaltigung im gesundheitlichen Versorgungssystem eine noch stärkere Beachtung finden. Den betroffenen Frauen steht in Berlin eine gute Versorgungsstruktur zur Verfügung, die auch niedrigschwellige Hilfen bietet. Die Frauen müssen aber auch die nötigen psychologischen und psychiatrischen Hilfen erhalten, die gezielt bei den Bedürfnissen traumatisierter und gewaltbetroffener Frauen ansetzen." Staatssekretär Hasso Lieber, Senatsverwaltung für Justiz: "Für die Justiz ist das Thema unter vielfältigen Aspekten von Belang. Es hat sozial- wie zivilrechtliche, ja sogar verfassungsrechtliche Bezüge. Die sexuelle Nötigung im besonders schweren Fall - wie das Strafgesetzbuch in § 177 StGB formuliert - negiert Grundrechte, die jedem zuzustehen, also Menschenrechte, in vielfältiger Form: Willensfreiheit, Würde des Menschen und körperliche Unversehrtheit.

(Fortsetzung nächste Seite)

Aus dem Landespressediens

(Fortsetzung)

Nach einer Vergewaltigung kann das Strafverfahren die eingetretenen körperlichen und psychischen Verletzungen nicht heilen. Aber es kann einen Beitrag dazu leisten, weiteren Schaden vom Opfer und von der Gesellschaft abzuwenden." Staatssekretär Thomas Härtel, Senatsverwaltung für Innere und Sport, Vorsitzender der Landeskommision Berlin gegen Gewalt: "Die Landeskommision Berlin gegen Gewalt sieht ein abgestimmtes Vorgehen und die Kooperation aller Beteiligten als eine besonders wichtige Voraussetzung für die Lösung verschiedenster Gewaltprobleme in unserer Stadt an. Ich verspreche mir von der Veranstaltung vor allem Anregungen für die Weiterentwicklung bisheriger Interventionsstrategien bei sexueller Gewalt und hoffe, dass es uns - ähnlich erfolgreich wie bei der Bekämpfung häuslicher Gewalt - im Sinne der Betroffenen gelingt, neue Formen der Zusammenarbeit zu entwickeln." Das heutige Treffen ist das Dritte im Rahmen einer Veranstaltungsreihe, die die öffentliche Debatte über sexuelle Gewalt anregen und bewährte Handlungsstrategien vermitteln will. Sie wird im kommenden Jahr mit einem vierten Symposium abgeschlossen.

Rückfragen: Petra Schwarz, Telefon: 9013-7418

Pressemitteilung vom 22.11.2007, 11:05 Uhr
Inneres

SCHULEN ERHALTEN FÖRDERGELDER FÜR GEWALTPRÄVENTIVE PROJEKTE

Die Senatsverwaltung für Inneres und Sport teilt mit:

Das Programm "Schule und Eltern aktiv für Toleranz und demokratisches Handeln" wurde von der Landeskommision Berlin gegen Gewalt in Kooperation und mit finanzieller Unterstützung der Initiative Schutz vor Kriminalität e.V., der Unfallkasse Berlin und in Kooperation mit dem Programm DEMOKRATISCH HANDELN im Jahr 2007 zum vierten Mal aufgelegt. Die Gesamtfördersumme beträgt 8.500 EUR.

Ziel des Programms ist es, die gewalt- und kriminalpräventive Arbeit an Berliner Grundschulen zu unterstützen und dabei insbesondere solche Projekte zu fördern, bei denen Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Eltern an der Projektarbeit beteiligt sind. Die Preisträger sind von einer unabhängigen Jury ausgewählt worden. Für ihre gewalt- und kriminalpräventiven Projekte werden die o Erika-Mann-Grundschule (für ihr Projekt "Was guckst du?"; 2.500 Euro), o Paul-Dohrmann-Schule (für ihr Theaterstück "Charlie und die Schokoladenfabrik", 1.000 Euro), o Lauterbach-Schule (für ihr Projekt Hand in Hand gegen Gewalt, 1000EUR), o Erwin-Strittmatter-Schule (für ihr Projekt "WIGWAM", 1000 EUR) sowie o sechs weitere Berliner Grundschulen (für ihre unterschiedlichen Projekte mit je 500 EUR) ausgezeichnet.

Die Arbeit der Schulen wird in einer Feierstunde am 27. November 2007, 13:00 Uhr, im Berliner Rathaus, Wappensaal, durch den Vorsitzenden der Landeskommision Berlin gegen Gewalt, Staatssekretär Thomas Härtel, und durch Vertreter der Sponsoren gewürdigt. Der Vorsitzende der Landeskommision Berlin gegen Gewalt, Staatssekretär Thomas Härtel erklärt hierzu: "In bewährter Weise ist es zum vierten Mal durch die tatkräftige Unterstützung der Initiative Schutz vor Kriminalität und der Unfallkasse Berlin gelungen, Schulen zu ehren, die sich im Bereich der Gewalt- und Kriminalitätsprävention verdient gemacht haben.

Dafür danken wir unseren Sponsoren. Ein besonderer Dank geht auch an all diejenigen - Eltern, Pädagoginnen und Pädagogen, Schülerinnen und Schüler -, die durch ihre Arbeit an den Schulen bewiesen haben, dass gemeinsames Engagement an unseren Schulen für ein friedliches Zusammenleben nicht nur möglich, sondern auch erfolgreich ist."

Geschäftsstelle der Landeskommision
Berlin gegen Gewalt
c/o Senatsverwaltung für Inneres und Sport
Klosterstr. 47
10179 Berlin

Tel. 9027-2913,
Fax 9027-2921,

E-Mail: Manuela.Bohlemann@SenInnSport.berlin.de

Internet: <http://www.berlin-gegen-gewalt.de>

Rückfragen: Nicola Rothermel, Telefon: (030) 9027-2730

Pressemitteilung vom 27.11.2007, 13:40 Uhr
Stadtentwicklung

SENAT SICHERT STABILISIERUNG UND VERBESSERUNG DES SOZIALGEFÜGES DER GROßSIEDLUNGEN IM SOZIALEN WOHNUNGSBAU

Aus der Sitzung des Senats am 27. November 2007:

Der Senat hat eine Vorlage von Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer über die Weiterführung des bisher bis zum 31. Dezember 2007 befristeten Maßnahmenprogramms zur Sicherung und Verbesserung des Sozialgefüges im Bestand der 34 Großsiedlungen des Sozialen Wohnungsbaus bis zum 31. Dezember 2009 zur Kenntnis genommen. Die Vorlage wird jetzt dem Rat der Bürgermeister unterbreitet. Das Maßnahmenprogramm beschäftigt sich ausschließlich mit den Großsiedlungen des Sozialen Wohnungsbaus, die in den vorangegangenen 30 bis 40 Jahren im Westteil der Stadt in verdichteter Bauweise errichtet wurden.

(Fortsetzung nächste Seite)

Aus dem Landespressedienst

(Fortsetzung)

Mit dem Maßnahmenprogramm soll die in weiten Teilen vorhandene soziale Durchmischung weiterhin gewährleistet werden. Im Ostteil der Stadt sind die in Plattenbauweise errichteten Großsiedlungen bereits sehr umfangreich von den Belegungsbindungen befreit. Diese Wohnungen unterliegen rechtlich dem Altschuldengesetz.

Auch wenn sich während der Laufzeit des Programms einzelne Großsiedlungen positiv entwickelt haben, ist dennoch eine weitere Unterstützung notwendig. Um eine gute soziale Durchmischung in den Großsiedlungen zu erhalten, können auch zukünftig Wohnungssuchende ohne Wohnberechtigungsschein in diese Wohnungen einziehen. Hierzu wird in den 23 Großsiedlungen der Kategorien I und II sowie in einer der Kategorie III zugeordneten Großsiedlung bei der Vermietung von Sozialwohnungen auf die Vorlage eines Wohnberechtigungsscheines verzichtet. Berlin verzichtet außerdem für die Laufzeit der Maßnahme auf sein Besetzungsrecht.

Betroffen von den weiteren Stützungsmaßnahmen sind damit ab 1. Januar 2008 rd. 62.600 Sozialwohnungen. Zu den Kategorie-I-Gebieten (problematische Gebiete) zählen 14 Großsiedlungen mit insgesamt 22.168 Sozialwohnungen (Zahl der Sozialwohnungen in Klammer):

- Bezirk Tempelhof-Schöneberg - Terrassen Schöneberg (563) - Wohnen am Kleistpark/"Sozialpalast" bzw. "Pallasseum" (514)
- Bezirk Mitte - Heinrich-Zille-Siedlung (1.236) - Wollankstraße (1.259) - Brunnenstraße (4.236) - Ackerstraße (2.066)
- Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg - Wassertorplatz (2.954) - Mariannenplatz (1.034) - Neues Kreuzberger Zentrum (295) - Mehringplatz (1.343) - Werner-Düttmann-Platz (741)
- Bezirk Neukölln - Dammweg-Siedlung (1.679) - Sonnenallee (2.157) - Rollbergsiedlung (2.091)

Zu den Kategorie-II-Gebieten (Prophylaxegebiete) zählen neun Großsiedlungen mit insgesamt 27.730 Sozialwohnungen:

- Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf - Paul-Hertz-Siedlung (841)
- Bezirk Reinickendorf - Märkisches Viertel (4.819) - Auguste-Viktoria-Allee (1.631)
- Bezirk Neukölln - Ortolanweg/Britz-Süd (1.489)
- Bezirk Tempelhof-Schöneberg - Tirschenreuther Ring (5.150) - Bülowstraße (2.322)
- Bezirk Spandau - Falkenhagener Feld (4.554) - Heerstraße (6.335)
- Bezirk Mitte - Schillerhöhe (589)

Zur Kategorie III (Gebiete mit ausgewogener Struktur) zählt die Großsiedlung Gropiusstadt im Bezirk Neukölln mit 12.667 Sozialwohnungen.

Um transparent zu machen, für welche Wohnungen die Regelung gilt, werden die entsprechenden Wohnhäuser mit Straßennamen und Hausnummer voraussichtlich Ende Dezember im Amtsblatt veröffentlicht. Im Rahmen des Mietenkonzpts 2008 soll auch weiterhin die Großsiedlung Bülowstraße im Bezirk Tempelhof-Schöneberg mit 2.322 Sozialwohnungen berücksichtigt werden.

Das Quartier wird zwar neu der Kategorie II zugeordnet, die Gewährleistung tragbarer Mieten durch Einhaltung der besonderen Kappungsgrenze in Höhe von 5,35 EUR/m² Wohnfläche monatlich im Jahr 2008 ist dort als wichtiges Element der sozialen Stabilisierung jedoch weiterhin erforderlich. In die Kategorie I neu aufgenommen ist das Gebiet Schöneberger Terrassen mit 563 Sozialwohnungen.

Rückfragen: Sprecherin der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Telefon: 9012-5800

Pressemitteilung vom 27.11.2007, 12:30 Uhr
Gesundheit

INFORMATIONEN ZUM NICHTRAUCHERSCHUTZGESETZ

Die Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz teilt mit:

Zum 1. Januar 2008 tritt das Berliner Nichtrauchererschutzgesetz in Kraft. Die Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz stellt den Berlinerinnen und Berlinern vielfältige Informationsmöglichkeiten zur Verfügung, damit sich alle mit den Regelungen rechtzeitig vertraut machen können.

Ab heute sind in der Senatsverwaltung sowie in allen Gesundheits- und Ordnungsämtern der Bezirke zwei neue Flyer erhältlich: Der erste beantwortet allgemeine Fragen zum Gesetz und der zweite informiert gezielt die Gastronomie über die neuen gesetzlichen Bestimmungen. Die beiden Informationsblätter sind auch im Internet erhältlich unter:

<http://www.berlin.de/qualmfrei>.

Unter dieser Adresse stehen zudem: die Texte des Berliner Nichtrauchererschutzgesetzes und des Bundesgesetzes, häufig gestellte Fragen und deren Antworten zum Nichtrauchererschutzgesetz sowie Informationen zum Aktionsprogramm "Berlin qualmfrei" und zu Raucherentwöhnungsprogrammen. Außerdem wird in der Senatsverwaltung eine Telefon-Hotline zum Nichtrauchererschutzgesetz bereitgestellt.

Die Hotline ist jeweils dienstags von 8 bis 11 Uhr und donnerstags von 13 bis 16 Uhr unter der Telefonnummer (030) 9028-1729 zu erreichen.

Rückfragen: Regina Kneiding, Telefon: 9025-2156

Anfragen an den Senat

KLEINE ANFRAGEN

Titel: Wie sieht die Bilanz des ersten Integrationskonzeptes aus - Teilhabe (Kapitel 2)?

Abgeordneter: Bilkay Öney (Bündnis 90 / Die Grünen)

Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-11039.pdf>

Titel: Wasserpfeifenkonsum in Berlin

Abgeordneter: Heidi Kosche (Bündnis 90 / Die Grünen)

Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-11228.pdf>

Titel: Wie sieht die Bilanz des ersten Integrationskonzeptes aus - Religion und Zusammenleben (Kapitel 3.7)?

Abgeordneter: Bilkay Öney (Bündnis 90 / Die Grünen)

Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-11061.pdf>

Titel: Wie sieht die Bilanz des ersten Integrationskonzeptes aus - Interkulturalität (Kapitel 3.9)?

Abgeordneter: Bilkay Öney (Bündnis 90 / Die Grünen)

Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-11064.pdf>

Titel: Erschreckende Homosexuellenfeindlichkeit bei Schülern mit Migrationshintergrund

Abgeordneter: Sascha Steuer (CDU)

Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/NichtbehMdlAn/n16-01921.pdf>

Titel: Rechtsextreme Straftaten, Verurteilungen und WiederholungstäterInnen in Berlin

Abgeordneter: Clara Herrmann (Bündnis 90 / Die Grünen)

Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-11239.pdf>

Titel: Soll den BuddhistInnen in Reinickendorf das Dach auf den Kopf fallen?

Abgeordneter: Wolfgang Brauer (Die Linke)

Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-11238.pdf>

Titel: Gesetz zur vorschulischen Sprachförderung - taugliches Mittel oder am Ziel vorbei (II)?

Abgeordneter: Mirco Dragowski (FDP)

Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-11245.pdf>

Titel: Arbeitskreis Schule und Islam

Abgeordneter: Özcan Mutlu (Bündnis 90 / Die Grünen)

Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-11258.pdf>

Titel: Prezepraszam - wie ist es um die Fremdsprachenkenntnisse in der Senatsverwaltung bestellt?

Abgeordneter: Mirco Dragowski (FDP)

Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-11220.pdf>

Titel: Unterricht in der Muttersprache an Berliner Schulen

Abgeordneter: Özcan Mutlu (Bündnis 90 / Die Grünen)

Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-11249.pdf>

Titel: Situation der Romakinder im Berliner Bildungssystem

Abgeordneter: Özcan Mutlu (Bündnis 90 / Die Grünen)

Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-11250.pdf>

Titel: KOB, Intrapol und Integration

Abgeordneter: Benedikt Lux (Bündnis 90 / Die Grünen)

Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-11292.pdf>

Titel: Deutsch-französische bilinguale 7. Klasse für Kinder der Märkischen Grundschule - Staatliche Europa-Schule Berlin

Abgeordneter: Özcan Mutlu (Bündnis 90 / Die Grünen)

Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-11284.pdf>

Titel: Schulische Kooperation des Ethikunterrichts mit den Kirchen

Abgeordneter: Dr. Felicitas Tesch (SPD)

Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-11297.pdf>

Titel: Gewalt gegen Lesben und Schwule

Abgeordneter: Thomas Birk und Anja Kofbinger (Bündnis 90 / Die Grünen)

Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-11299.pdf>

Titel: Gesetz zur vorschulischen Sprachförderung - taugliches Mittel oder am Ziel vorbei (I)?

Abgeordneter: Mirco Dragowski (FDP)

Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-11244.pdf>

Titel: Schulische Kooperationsbeziehungen zu Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften im Rahmen des Ethikunterrichts in Berlin

Abgeordneter: Özcan Mutlu (Bündnis 90 / Die Grünen)

Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-11257.pdf>

Titel: Mehr Lehrer für "Brennpunkt-Schulen"?

Abgeordneter: Özcan Mutlu (Bündnis 90 / Die Grünen)

Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-11247.pdf>

Titel: Berliner Fußballspiele nicht zur Bühne rassistischer Propaganda und Ausschreitungen werden lassen

Abgeordneter: Giyasettin Sayan (Die Linke)

Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-11298.pdf>

Aus Europa, Bund und Ländern

Hinweis:

**BERLINER EUROPAPORTAL
UND EUROPA-NEWSLETTER**

Das Europaportal der Berliner Senatskanzlei gibt einen umfassenden Überblick über europarelevante Themenbereiche wie z.B. die Darstellung der derzeitigen europapolitischen Schwerpunkte, Gremienarbeit, EU - Förderprogramme oder aktuelle Wettbewerbe. Darüber hinaus sorgen Links für Jugendliche und Europainteressierte für einen Einblick in die Vielfalt und Vielschichtigkeit von Europa in Berlin. Das Berliner Europaportal im Web:

<http://www.berlin.de/eu> .

Regelmäßig aktuelle Informationen zu EU-Förderprogrammen, Aus- wie Weiterbildung und vieles mehr bietet der regelmäßig am Anfang eines jeden Monats erscheinende Newsletter „Europa in Berlin - Berlin in Europa“ unter der Adresse

<http://www.berlin.de/rbmskzl/europa/oeffentlichkeitsarbeit/newsletter.html>.

Diese Veröffentlichung bietet zielgruppenspezifische EU-Informationen für die Berliner Senatsverwaltungen und Bezirke. Ein Abonnement ist ebenfalls möglich.

Informationen zu aktuellen Ausschreibungen gibt die Berliner Datenbank EU-Profil unter

<http://www.berlin.de/rbmskzl/europa/foerderprogramme/index.html>

Erweiterung des Schengen-Raums:

OFFENE GRENZEN ZU POLEN UND TSCHIECHIEN

Ab 21.12.2007 keine Binnengrenzkontrollen mehr

Zum Ende dieses Jahres werden an den Landgrenzen der Bundesrepublik Deutschland zur Republik Polen und zur Tschechischen Republik die Binnen-Grenzkontrollen entfallen. Den endgültigen Beschluss treffen die europäischen Justiz- und Innenminister beim [JI-Rat](#) am 6. und 7. Dezember in Brüssel, wenn sie abschließend über den Beitritt von 9 "jungen" EU-Staaten zum sog. Schengenraum beraten. Am 21. Dezember 2007 soll es dann bei Reisen auf dem Land- und Seeweg nach Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, in die Slowakei, nach Slowenien, Tschechien und Ungarn keine Binnengrenzkontrollen mehr geben.

Ausführliche Informationen und eine Chronologie des Abkommens finden Sie auf den Seiten des BMI unter:

http://www.bmi.bund.de/cln_028/nn_663020/Internet/Content/Themen/Bundespolizei/DatenundFakten/Ueberblick_Schengen_Erweiterung.html

[BMI/RED]

**ABSCHLUSS DES EUROPÄISCHEN JAHRES FÜR
CHANGENGLEICHHEIT**

Das Europäische Jahr der Chancengleichheit für alle 2007 ist mit einer großen Abschlussveranstaltung in Lissabon zu Ende gegangen. Mit über 1 000 verschiedenen Maßnahmen in 30 Mitgliedsländern sollten die Menschen für ihr Recht auf ein Leben ohne Diskriminierung sensibilisiert, unterschiedliche Akteure zur Aufnahme eines Dialogs über die Förderung der Gleichstellung animiert und die Vorteile der Vielfalt für die Gesellschaft insgesamt deutlich gemacht werden. Höhepunkte der Kampagne waren die Truck-Tour unter dem Motto „Für Vielfalt. Gegen Diskriminierung“, die in fünf Jahren 72 000 km zurücklegte und bei 99 Stopps eine halbe Million Besucher anzog, die Partnerschaft des Europäischen Jahrs mit dem Eurovisions-Schlagerwettbewerb, wodurch die Botschaft der Kampagne 100 Millionen Fernsehzuschauer erreichte, sowie der unter deutscher EU-Präsidentschaft erstmals veranstaltete Gleichstellungsgipfel.

Vladimír Špidla, EU-Kommissar für Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit, bilanzierte: "Angefangen bei kreativen Spots auf MTV, über Aktivitäten für die Besucher des Eurovisions-Schlagerwettbewerbs in Helsinki bis hin zur Auszeichnung von Unternehmen, die sich besonders um Vielfalt bemühen, hat das Europäische Jahr dazu beigetragen, Gleichstellung und Vielfalt bei Millionen Menschen in Europa zu propagieren. Wir müssen jetzt auf dem Erfolg dieses Jahres aufbauen und sicher stellen, dass die bisherigen Maßnahmen eine dauerhafte Wirkung hinterlassen. Dieser Erfolg ist für uns alle ein Anlass, uns noch stärker dafür einzusetzen, dass Gleichheit in Europa für jeden Einzelnen zur Realität wird."

Zu der insgesamt zweitägigen Veranstaltung werden etwa 1000 Teilnehmer aus ganz Europa erwartet, darunter Vertreter von NRO, der Sozialpartner, von Gleichstellungsbehörden und lokalen, regionalen und nationalen Behörden. Im Anschluss an die Gleichstellungskampagne wird die EU-Kommission im Jahr 2008 eine neue Initiative zur Bekämpfung von Diskriminierungen außerhalb des Arbeitsumfelds starten. Die besten Ideen, die im Laufe des Europäischen Jahres entwickelt wurden, sollen hingegen im neuen PROGRESS-Programm aufgegriffen werden.

(Aus: Pressemitteilung der EU-Kommission vom 19.11.2007)

Weitere Informationen unter diesem Link:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1717&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=>

Aus Europa, Bund und Ländern

Europäische Kommission
**AUFNAHMEBEDINGUNGEN
VON ASYLBEWERBERN**

Die EU-Kommission hat heute ihren Bericht über die Aufnahme von Asylbewerbern vorgelegt. Bewertet wurde die Umsetzung der Richtlinie zur Festlegung von Mindestnormen, auch "Richtlinie über Aufnahmebedingungen" genannt. EU-Kommissionsvizepräsident Frattini, zuständig für Freiheit, Sicherheit und Recht, dazu: "Die Richtlinie ist in den meisten Mitgliedstaaten ordnungsgemäß umgesetzt worden; entgegen ursprünglichen Befürchtungen hat dies nicht die Absenkung der nationalen Standards für die Unterstützung von Asylsuchenden bewirkt".

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/index_7456_de.htm

Europäische Kommission
BLUE CARD FÜR QUALIFIZIERTE MIGRANTEN

Europa soll für hoch qualifizierte Zuwanderer attraktiver werden. Migranten, die rechtmäßig in der EU leben und eine Erwerbstätigkeit ausüben, sollen mehr Schutz erhalten. Die EU-Kommission hat dazu zwei Vorschläge für Rechtsvorschriften zur Steuerung der Wirtschaftsmigration verabschiedet. Der erste Vorschlag betrifft eine Richtlinie, die attraktivere Einreise- und Aufenthaltsbedingungen für Drittstaatsangehörige, die in der EU eine hochqualifizierte Beschäftigung ausüben wollen, schafft. Zu diesem Zweck soll die so genannte EU Blue Card eingeführt werden. Beim zweiten Vorschlag handelt es sich um eine Rahmenrichtlinie, die ein einheitliches Verfahren zur Beantragung einer einheitlichen Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung einführt. Vorgesehen ist auch ein Bündel gemeinsamer Rechte für Arbeitskräfte aus Drittstaaten, die sich rechtmäßig in einem Mitgliedstaat aufhalten.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/index_7384_de.htm

Keine Chance auf einen Anwalt?
**RECHTSHILFEFONDS FÜR ABSCHIEBUNGSHÄFT-
LINGE NUN AUCH IN BAYERN**

Der in Berlin und Brandenburg seit zwei Jahren erfolgreich arbeitende Rechtshilfefonds für Abschiebungshäftlinge hat nun auch sein Pendant in Bayern. Nachdem eine entsprechende Initiative im März d. J. beim 14. Studientag für Mitarbeiter in der Flüchtlingsarbeit vorgestellt worden war, haben mittlerweile dreizehn Organisationen und kirchliche Stellen den Aufruf unterzeichnet und sich bereit erklärt, für Spenden zu werben. Ein entsprechendes Faltblatt soll nun in Umlauf gebracht werden.

(Weiter rechts oben)

Weiter unter:

http://www.jesuiten-fluechtlingsdienst.de/images/pdf/pm_rhf_bayern_05112007.pdf

Das Faltblatt als pdf-Dokument finden Sie unter:

http://www.jesuiten-fluechtlingsdienst.de/images/pdf/rhf_bayern.pdf

Für Rückfragen stehen zur Verfügung:

Zum Fonds in München:

Dieter Müller SJ, Tel. (0177) 3200018

Zum Fonds in Berlin und Brandenburg:

Martin Stark SJ, Tel. (030) 32602590

Jesuiten-Flüchtlingsdienst (JRS)

Witzlebenstr. 30a

14057 Berlin

Internet: <http://www.jesuiten-fluechtlingsdienst.de>

**MEHR GELD FÜR INTEGRATION
Bundeskabinett beschließt Neufassung
der Integrationskursverordnung**

Die Bundesregierung hat den Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Integrationskursverordnung beschlossen. Mit der Neufassung der Integrationskursverordnung werden die Ergebnisse der Anfang 2006 vom Bundesinnenministerium in Auftrag gegebenen Evaluation umgesetzt. Gleichzeitig erfüllt der Bund hiermit die im Nationalen Integrationsplan eingegangene Selbstverpflichtung, die Handlungsansätze zur Optimierung der Integrationskurse in das Sprachkurssystem zu überführen. Zur Finanzierung sind die Haushaltsmittel um 14 Mio. Euro aufgestockt worden. Damit stehen 2008 rund 155 Mio. EUR zur Verfügung.

Weiter im Text mit Fakten zur Neufassung unter folgendem Link

http://www.bmi.bund.de/cln_012/nn_662928/Internet/Content/Nachrichten/Pressemitteilungen/2007/11/Integrationskurs-VO.html

Entwurf einer ersten Verordnung zur Änderung der Integrationskursverordnung als Download hier:

http://www.bmi.bund.de/Internet/Content/Common/Anlagen/Gesetze/Entwurf_Aenderung_Integrationskursverordnung.templateId=raw.property=publicationFile.pdf/Entwurf_Aenderung_Integrationskursverordnung.pdf

Aus Europa, Bund und Ländern**1. BUNDESWEITE SOCIAL JUSTICE
UND DIVERSITY FORTBILDUNG BEENDET**

Im November 2007 sind die ersten beiden Fortbildungsreihen zum/r Social Justice- und Diversity-Trainer/in, die das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e. V. (IDA) in Kooperation mit dem DGB Bildungswerk und dem Verein „Mach' meinen Kumpel nicht an!“ e. V. durchgeführt hat, erfolgreich zu Ende gegangen.

Insgesamt nahmen rund 40 Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der vierteiligen Ausbildung teil. Geleitet wurde die Ausbildung von Leah Carola Czollek und Heike Weinbach, die das ursprünglich in den USA entwickelte Trainingskonzept maßgeblich für den bundesdeutschen Bildungsbereich konzipiert haben.

Social Justice und Diversity ist ein Trainingsprogramm, welches auf die Vermittlung von sozialer Gerechtigkeit und die Anerkennung von diversity fokussiert. Ausgangsbasis ist die Prämisse, dass Menschen Täterinnen und Täter und Opfer von Diskriminierung sein können und dass die Analyse der Komplexität, der Institutionalisierung und Geschichte von Strukturen gesellschaftlicher Unterdrückung und Diskriminierung genuiner Bestandteil eines Trainings sein muss. Ein zentraler Aspekt von Social Justice und Diversity ist die Thematisierung der Wechselwirkungen und Intersektionalität verschiedener Formen von Ausgrenzung und Diskriminierung. Neben einer analytischen Auseinandersetzung steht stets die Suche nach Ansatzpunkten für die eigene Praxis und die Erweiterung der individuellen und kollektiven Handlungsmöglichkeiten im Vordergrund der Trainings. Social Justice und Diversity Trainings erweitern somit die demokratischen und politischen Handlungskompetenzen der Teilnehmenden.

Neben theoretischen Inputs sowie gruppendynamischen und Selbstreflexionsübungen bot die Ausbildung Raum für Diskussionen und die Wahrnehmung unterschiedlicher Positionen. Thematische Schwerpunkte waren die Auseinandersetzung mit Sexismus/ Heterosexismus, Antisemitismus, Klassismus sowie Rassismus.

2008 startet eine weitere Ausbildungsreihe des Kooperationsverbundes. Informationen und Anmeldung:

Tel: (0 23 24) 5 95-5 05,

E-Mail: jugendbildung@dgb-bildungswerk.de,
Internet: <http://www.jugendbildungszentrum.de>

Initiativen

**BERLINER
SPENDENPARLAMENT
GEGRÜNDET**

**Initiative will neue Projektideen transparent fördern
und sucht weitere Unterstützerinnen und Unterstüt-
zer als ParlamentarierInnen**

Mehr als 20 enge Mitstreiter der vor einem Jahr ins Leben gerufenen Stiftung **dragondreams** [*Hinweis der Redaktion: Stiftung dragondreams siehe auch TOP-Berlin International Nr. 31, November 2006, Seite 23*] sowie einige Aktivisten des Vereins OASE Pankow e.V., Treuhänder der genannten Stiftung, gründeten am 25. Oktober 2007 das „Berliner Spendenparlament“. Dabei ließen sie sich von dem Gedanken leiten, möglichst viele Menschen aus unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen an einem demokratischen Prozess zugunsten hilfebedürftiger Berliner gemeinnütziger sozialer Projekte zu beteiligen, gemeinsam dringend benötigte finanzielle Mittel dafür einzuwerben und diese gerecht und vor allen Dingen unkompliziert zu verteilen.

Das „Berliner Spendenparlament“ orientiert sich an bereits bundesweit existierenden Spendenparlamenten, vor allem aber an dem seit zehn Jahren äußerst erfolgreich arbeitenden Hamburger Spendenparlament (s. Internet: <http://www.spendenparlament.de>).

Die Grundidee aller Spendenparlamente, so auch des jüngsten, des Berliner Modells, ist ähnlich. Mit der Zahlung eines monatlichen Mitgliedsbeitrages auf ein Parlamentskonto erwirbt man zugleich das Recht, als Parlamentarier/in an allen Entscheidungen zur Verteilung der Gelder beteiligt zu sein. Jede/r Parlamentarier/in – egal, ob der festgelegte Mindestbeitrag („Berliner Spendenparlament“: 5,00 €/Monat) oder eine größere Summe auf freiwilliger Basis entrichtet wurde – erhält eine Stimme.

Bedürftige gemeinnützige soziale Projekte können an das „Berliner Spendenparlament“ einen Antrag auf einmalige Förderung stellen. Gedacht ist an Anschubfinanzierungen für neue Projektideen. Für Personal- sowie andere feste Kosten kommt das „Berliner Spendenparlament“ nicht auf. Die Vorauswahl über förderwürdige Projekte trifft ein Gremium des „Berliner Spendenparlaments“. Die Entscheidung, wer schließlich den Zuschlag erhält, treffen alle ParlamentarierInnen gemeinsam – persönlich oder online! So kann der Entscheidungsprozess öffentlich verfolgt werden. Für die Entscheidung gilt die einfache Stimmenmehrheit. Die ehrenamtliche Umsetzung des „Berliner Spendenparlaments“ garantiert, dass sämtliche Spendenbeiträge auch tatsächlich Berliner Hilfebedürftigen zugute kommen und nicht in einem Verwaltungsdickicht verloren gehen.

Dass das Interesse an einem „Berliner Spendenparlament“ so groß ist, hatten seine GründerInnen in ihren kühnsten Träumen nicht für möglich gehalten!

Monate zuvor wandten sie sich mit ersten Ideen zu ihrem geplanten Projekt an langjährige Freunde, an Ihre Familien, aber auch an Pankower und Berliner PolitikerInnen, Geschäftsleute, Prominente, KünstlerInnen und an alle, die sich die GründerInnen als aktive UnterstützerInnen ihrer Idee vorstellen konnten.



Prof. Barbara John, Schirmherrin
des Berliner Spendenparlaments

Die Reaktionen auf das gemeinsame Vorhaben waren zahlreich und überwiegend positiv. Ganz besonders freut es uns, dass die Vorstandsvorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes und ehemalige Ausländerbeauftragte Berlins, Frau Prof. Barbara John, die Schirmherrschaft übernommen hat. Als prominente Pankower Künstlerin hat u.a. die Schauspielerin Petra Kelling ihre aktive Mitwirkung im „Berliner Spendenparlament“ zugesichert.

Weil die GründerInnen des „Berliner Spendenparlaments“ mehr als ein Jahrzehnt Erfahrungen in der sozialen Arbeit mit MigrantInnen besitzen, möchten sie mit ihrem neuen Projekt vor allem auch Projekte mit Migrationshintergrund ermutigen, die Unterstützung des „Berliner Spendenparlaments“ rege in Anspruch zu nehmen. Aber auch hier gelten die allgemein gültigen Entscheidungskriterien.

Multikulturell war schließlich der Rahmen der festlichen Gründungsveranstaltung gestaltet. Das Büfett bot deftige Berliner Küche, ergänzt durch Speisen „made in InterKULTURElles Haus Pankow“. Einen Hauch „Multikulti“ versprühte passend dazu die musikalische Begleitung, die den Anwesenden sowohl live als auch von der Konserve geboten wurde.

Aktuelle und ausführliche Informationen zum „Berliner Spendenparlament“ sowie Beitrittserklärungs-Formulare als Download finden InteressentInnen unter

<http://www.berliner-spendenparlament.de> .

Informationen zur Stiftung **dragondreams**:

<http://www.dragondreams.de>

Informationen zur Oase Pankow e.V.:

<http://www.oase-pankow.de>

Kontakt:

Berliner Spendenparlament
im InterKULTUREllen Haus Pankow
Schönfließener Straße 7
10439 Berlin
Tel.: (030) 4700 2551
Fax: (030) 4700 2550

E-Mail: kontakt@berliner-spendenparlament.de

Initiativen

Wettbewerb

KULTURELLE VIELFALT IN DER AUSBILDUNG

Frist: 14.12.2007

Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Frau Prof. Dr. Maria Böhmer, lobt einen Wettbewerb für Betriebe aus, die Jugendliche mit Zuwanderungshintergrund ausbilden und beispielhaft fördern. Unternehmen aller Größen und die öffentliche Verwaltung können sich mit ihren Ausbildungskonzepten bewerben.

Deswegen die Frage an Sie:

Bilden Sie Jugendliche aus Zuwandererfamilien aus?

Dann haben Sie die Möglichkeit, sich am Wettbewerb "Kulturelle Vielfalt in der Ausbildung" zu beteiligen. Der Wettbewerb ist Teil der Kampagne "Vielfalt als Chance" der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Frau Prof. Dr. Maria Böhmer.

Die besten Einsendungen werden mit 15 000 Euro prämiert. Staatsministerin Böhmer wird die Preisträger persönlich in Berlin auszeichnen.

Einsendeschluss ist der 14. Dezember 2007.

Die vollständigen Wettbewerbsunterlagen, einen Leitfa-den zu den Fragebögen sowie zahlreiche ergänzende Hinweise finden Sie unter

<http://www.vielfalt-als-chance.de/wettbewerb>

Informationen erhalten Sie auch vom Team der Regie-stelle,
Telefon: (030) 39927-3456 (9-17 Uhr)
und per E-Mail: info@vielfalt-als-chance.de.

Dort können Sie auch in gedruckter oder elektronischer Form die Teilnahmebögen und den begleitenden Leitfa-den anfordern.

Wettbewerb

STARTSOCIAL 2008

Gesucht: Projekte, die die Lösung sozialer Probleme zum Ziel haben

Einsendeschluss: 10.12.2007

Mit dem Ziel, gemeinsam mehr zu bewegen, richtet sich startsocial an alle engagierten und interessierten Men-schen, die sich mit der Lösung sozialer Probleme be-schäftigen. Am Wettbewerb teilnehmen können:

- Einzelpersonen und Teams
- Institutionen, Verbände und Unternehmen

Auch Projekte, die bereits in den Vorjahren teilgenom-men haben, dürfen sich bewerben. Die Teilnahme ist un-abhängig vom Realisierungsgrad der Idee oder des Pro-jekts.

startsocial richtet sich an:

- Völlig neue, innovative Ideen
- Projekte, die sich kurz vor der Umsetzung befin-den
- Bereits laufende Projekte (keine zeitliche Be-grenzung) mit gezieltem Beratungsbedarf

Für die Bewerbung gibt es nur drei Bedingungen:

- Das Projekt muss an der nachhaltigen Lösung eines sozialen Problems arbeiten
- überwiegend ehrenamtlich getragen sein
- ein Projektstandbein in Deutschland haben.

Es geht dabei um einen Wissenstransfer aus der Wirt-schaft in soziale Projekte, um diese zu professionalisie-ren. Eine Jury wählt aus den eingegangenen Bewerbun-gen 100 Projekte aus, die dann ein dreimonatiges Be-ratungsstipendium erhalten, mit einem Coach und einem Experten an der Hand. Aus den 100 Stipendiaten werden 25 in das Bundeskanzleramt eingeladen, von denen wie-derum 7 einen Bundespreis in Höhe von 5.000 EUR ge-winnen werden.

Einsendeschluss für die Bewerbung um eins der insge-samt 100 Beratungsstipendien ist der 10. Dezember 2007.

Weitere Informationen, Bewerbungsunterlagen und Teil-nehmerhandbuch unter <http://www.startsocial.de>.

**Berichte über Flüchtlinge -
WETTBEWERB
FÜR NACHWUCHSJOURNALISTEN**

Einsendeschluss 22.02.2008

Einen Wettbewerb für Nachwuchsjournalisten schreibt der Jesuiten-Flüchtlingsdienst (Jesuit Refugee Service, JRS) aus.

Der Wettbewerb soll das Bewusstsein für die humanitäre Situation von Flüchtlingen in Europa schärfen. An dem Wettbewerb können Journalistikstudenten und Absolven-ten von Journalistenschulen bis zu 12 Monate nach ihrem Abschluss aus einem der 43 Mitgliedsstaaten des Euro-parates teilnehmen. Für den Wettbewerb soll ein Artikel zu dem Thema „Zugang zum Asylverfahren“ verfasst werden. Der Artikel soll nicht mehr als 1.200 Wörter um-fassen.

(Fortsetzung nächste Seite)

Initiativen

(Fortsetzung)

Die Autoren der drei besten Beiträge werden zur Preisverleihung ins Europaparlament nach Brüssel eingeladen. Dabei werden sie die Mitglieder der Jury treffen, die aus in diesem Bereich erfahrenen Journalisten besteht. Der erste Preisträger erhält auf Einladung des JRS - Südliches Afrika - eine Reise in ein Flüchtlingslager nach Malawi, um dort betroffene Flüchtlinge, Vertreter von Nichtregierungsorganisationen und lokale Medienvertreter zu treffen.

Weitere Informationen zu dem Wettbewerb und Anmeldeformulare sind unter

<http://www.jrseurope.org/>

zu finden. Ebenso gibt es dort Links zu anderen Organisationen, die mit Flüchtlingen und Asylsuchenden arbeiten. Der Einsendeschluss für die Beiträge ist der 22. Februar 2008.

Informationen zum Wettbewerb in deutscher Sprache:

<http://www.jrseurope.org/Competition/2007/Poster-German.pdf>

Der Wettbewerb wird vom Europäischen Flüchtlingsrat (ECRE), der International Journalistenverband (IFJ) und MediaWise unterstützt.

alex
„GEMEINSAM GEGEN RECHTS!“

Mit 10.000 Euro dotierter Preis zeichnet Initiativen gegen Rechtsextremismus aus

Einsendeschluss: 31.12.2007

Die Berliner SPD lädt alle Initiativen, Gruppen und Organisationen gegen Rechtsextremismus und für Demokratie ein, sich mit ihren Projekten zu bewerben. Die Auszeichnung alex „Gemeinsam gegen Rechts!“ ist mit insgesamt 10.000 € dotiert.

Darüber hinaus soll der alex den zahlreichen Initiativen und Projekten mehr Öffentlichkeit und damit mehr Anerkennung verschaffen. Gleichzeitig wollen wir anderen Menschen Mut machen, sich auch für dieses wichtige Thema zu engagieren.

Getreu dem Motto: Gemeinsam gegen Rechts! Schirmherr dieser Initiative ist der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit. Eine prominent besetzte Jury entscheidet über die Vergabe der Auszeichnung.

- Bis zum 31. Dezember 2007 unter <http://www.alex2007.de> teilnehmen. Direkter Link zum Bewerbungsformular: http://www.berlinwahl.spd.de/servlet/PB/show/1728451/Teilnahme_alex.pdf
- Preisverleihung und Bekanntgabe der Sieger am 31. Januar 2008 um 19:30 Uhr im ehemaligen Jüdischen Waisenhaus in Berlin-Pankow, Berliner Str. 120/ 121, 13187 Berlin

Fragen, Anregungen oder Kritik an per E-Mail an:

info@alex2007.de

Organisation alex Wettbewerb
Robert Spönemann
Kurt-Schumacher-Haus, Raum 303
Müllerstr. 163
13353 Berlin

Tel: (030) 4692 180

Fax (030) 4692 164

E-Mail: robert.spoenemann@spd.de

Internet: <http://www.alex2007.de>

28.01.-01.02.2008:

**ABGEORDNETENHAUS LÄDT ZU
JUGENDPROJEKT DENK!MAL 2008 EIN**

„Erinnern an die Vergangenheit und Handeln in der Gegenwart“

Zum sechsten Mal ruft das Berliner Landesparlament in diesem Jahr die Kinder und Jugendlichen in unserer Stadt dazu auf, sich am Jugendprojekt denk!mal anlässlich des Gedenktags für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2008 zu beteiligen.

Alle eingereichten Beiträge werden vom 29. Januar bis 1. Februar 2008 in einer großen Ausstellung im Abgeordnetenhaus gezeigt. Die Ausstellung wird täglich von 9 bis 18 Uhr öffentlich zugänglich sein. Am Montag, dem 28. Januar 2008, präsentieren sich ab 18 Uhr ausgewählte Projekte im Plenarsaal in einer rund 1 1/2stündigen Abschlussveranstaltung.

Unter <http://www.denkmal-berlin.de> erfahren Sie, welche Initiativen und Aktionen aktuell angemeldet worden sind. Sie erreichen unser Jugendprojekt natürlich auch unter: <http://www.parlament-berlin.de>

Die Dokumentation zum Jugendforum denk!mal 2007 ist als Broschüre im Referat Öffentlichkeitsarbeit des Abgeordnetenhauses von Berlin, Raum 145, erhältlich und im Internet unter den genannten Adressen zu finden.

Workshops/ Tagungen

08./09.12., Seminar:

**DIE POLITISCHEN UND SOZIALEN
PERSPEKTIVEN ALEVITISCHER JUGEND**

Eine Kooperationsveranstaltung von IDA mit dem Bund der Alevitischen Jugendlichen in Deutschland (AAGB)

„Die politischen und sozialen Perspektiven alevitischer Jugend in der Bundesrepublik Deutschland“

Termin: 08. bis 09. Dezember 2007

Ort: Loreley-Jugendherberge St. Goar

Alevitische Jugendliche, die in Deutschland aufwachsen, werden im Rahmen des Migrationsdiskurses und der Zunahme an religiösen Konflikten stärker als ihre Elterngeneration mit unterschiedlichen Weltanschauungen und gesellschaftlichen Normen und Werten konfrontiert. Sie haben eine eigene Jugendkultur entwickelt, indem sie die unterschiedlichen Normen und Sitten miteinander verbunden und ineinander verschmolzen haben.

Ihre Perspektiven auf die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland, ihre Wünsche, Hoffnungen und Träume sind andere als die ihrer Eltern. Um diese neuen Entwicklungen in der Jugendbildungsarbeit aufzunehmen und den Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, ihre Anliegen in die politische Bildungsarbeit einzubringen, können Seminare, die sich an alevitische Jugendliche richten und von ihnen mitgestaltet werden, eine Form der Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Wandlungsprozessen und der Suche nach Wegen der Teilhabe sein.

Hier setzt das Seminar an und stellt die Fragen, wie alevitische Jugendliche mit den unterschiedlichen Werten und Normen umgehen, welche Rolle die Religion in ihrem Leben spielt und welche politischen, beruflichen und sozialen Perspektiven die Jugendlichen in der Gesellschaft haben. Als Beitrag zur politischen Bildung diskutiert die Veranstaltung Formen der gesellschaftlichen Teilhabe der jugendlichen Teilnehmenden zu diskutieren. Die Thematik der Interkulturellen Öffnung der Jugendverbandsstrukturen wird ein zentrales Arbeitsfeld des Seminars sein.

Zielgruppe

Das Seminar wendet sich an ehrenamtlich aktive junge Erwachsenen der alevitischen Vereine, die sich bundesweit engagieren, und interessierte Fachpersonen.

Vollständiges Programm und weitere Informationen im Internet unter:

http://www.idaev.de/antirassismus_aktuell.htm

(dort unter „Veranstaltungen/ Migrationsgesellschaft“)

Kontakt:

IDA e. V.
Dr. Stephan Bundschuh
Volmerswerther Straße 20
40221 Düsseldorf

Tel: (02 11) 15 92 55-5

Fax: (02 11) 15 92 55-69

E-Mail: Info@IDAeV.de

Internet: <http://www.IDAeV.de>

oder:

Bund der Alevitischen Jugendlichen in Deutschland
Stolbergerstr. 317
50933 Köln

Tel: (02 21) 94 98 56-0

Fax: (02 21) 94 98 56-10

E-Mail: info@aagb.net

Internet: <http://www.AAGB.net>

14. 12., Fachtagung:

**MIGRANTENORGANISATIONEN
ALS AKTEURE DER ZIVILGESELLSCHAFT.
INTEGRATIONSFÖRDERUNG DURCH
WEITERBILDUNG“**

14. und 15. Dezember 2007 in Nürnberg

Meldeschluss: 07.12.2007

Die Fachtagung in Nürnberg bietet die Möglichkeit, den Fachaustausch mit Migrantenorganisationen zu führen, verschiedene Aspekte der Weiterbildung vertiefend zu erörtern und aktuelle Weiterbildungskonzepte zu diskutieren. Ziel ist es, die Anforderungen und den Nutzen der Weiterbildung von Migrantenorganisationen zu verdeutlichen sowie Perspektiven für zukünftige Förderstrategien aufzuzeigen.

Die Fachtagung richtet sich vor allem an MultiplikatorInnen von Selbstorganisationen unterschiedlicher Migrantengruppen aus dem gesamten Bundesgebiet, an Einrichtungen, die im Bereich der Weiterbildung von Migrantenorganisationen bzw. der Förderung bürgerschaftlichen Engagements tätig sind sowie an VertreterInnen aus Politik und Verwaltung.

Weitere Informationen zur Tagung im Internet unter:

http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/PDF/aktuelles/nl_beitraege/2007/nl_23_Tagung_MSO_07_Flyer_3.pdf

Anmeldung online: <http://www.b-b-e.de/1382.html>

Workshops/ Tagungen

**NEUE ASPEKTE DER INTEGRATION
Islam und Frauen****Anmeldung bis 10.12.2007**

Zu den jüngsten Entwicklungen der Integrationsdebatte in Deutschland am Beispiel der KurdInnen

12. Dezember 2007

Galerie der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin

Zum Thema

Internationale Migration stellt sowohl die jeweilige Aufnahmegesellschaft als auch die MigrantInnen vor neue Herausforderungen. Obwohl Integration als komplexes Zusammenspiel politischer, sozialer, ökonomischer und kultureller Komponenten verstanden werden sollte, findet häufig eine einseitige Ausrichtung der Debatte statt. In der aktuellen Diskussion um Integration in Deutschland wird vor allem der Fokus auf Religion, hauptsächlich den Islam, und die besondere Stellung der Frauen im Integrationsprozess gelegt.

Nach wie vor ist die Debatte um Migration häufig von Sicherheitserwägungen und Schreckensszenarios von "Parallelgesellschaften" muslimischer MigrantInnen geprägt. Gleichzeitig gibt es Signale der Dialogbereitschaft und das verstärkte Bemühen deutscher Politiker, vor allem mit muslimischen Gruppen und Verbänden in Kontakt zu treten.

Auch wurde noch nie so intensiv über die Lebenssituation von Migrantinnen diskutiert wie heute. Ihre Migrationsgründe, ihre Situation in Deutschland und ihre Perspektiven sind vielfältig. Dennoch dreht sich die öffentliche Diskussion über Migrantinnen häufig um Themen wie Unterdrückung, Zwang und Gewalt. Besonders Frauen aus dem islamischen Kulturkreis werden mit Schlagworten wie Zwangsverheiratung und „Ehrenmord“ assoziiert. Ziel dieser Veranstaltung ist es zum einen, der Frage nachzugehen, warum die Themen Religion und weibliche Migration, obwohl eigentlich keine neuen Phänomene, derzeit so im Mittelpunkt der Integrationsdebatte stehen. Zudem sollen Chancen und Widersprüche dieser Herangehensweise analysiert werden. Dies soll beispielhaft an der besonderen Situation kurdischer MigrantInnen in Deutschland geschehen.

Anmeldung:

Bitte melden Sie sich spätestens bis zum 10. Dezember 2007 verbindlich per Internet, Fax, E-Mail oder Post an:
NAVEND – Zentrum für Kurdische Studien e.V.
Bornheimer Straße 20-22, 53111 Bonn

Tel: (0228) 652900
Fax: (0228) 652909

E-Mail: info@navend.de
Internet: <http://www.navend.de>

Tagungsort:**Galerie der Heinrich-Böll-Stiftung**

(Hackesche Höfe),
Rosenthaler Straße 40 /41
10178 Berlin-Mitte

Wir empfehlen eine Anreise mit dem öffentlichen Nahverkehr:

S-Bahn: Station Hackescher Markt

U-Bahn: Station Weinmeisterstraße/Linie U8

Bus: Station Hackescher Markt / Nr. 384

Straßenbahn: Station Hackescher Markt,
Linien 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 13 / 15 / 53

Qualifizierungen

05.12., LOK e.V.:

EINFÜHRUNGSSEMINAR EXISTENZGRÜNDUNG "Check-in für Einwanderinnen und Einwanderer" (türkçe, englisch, kirmanci und deutsch)

Mit einem eintägigen Seminar unterstützt die LOK.a.Motion GmbH Gründungsinteressierte, die wegen nicht ausreichender Deutschkenntnisse bislang keine angemessene Beratung erhalten konnten, gleichzeitig aber einen starken Beratungsbedarf haben. Das Seminar erleichtert die Entscheidung, ob die Selbständigkeit der richtige Weg ist und hilft, Fehler bei der Gründung eines Unternehmens zu vermeiden.

Im Seminarverlauf werden umfassend Probleme, die bei der Eröffnung bzw. dem Erwerb eines Betriebes von Interesse sein können, besprochen. Als Beispiel eine kleine Auswahl:

- Wer sind die zuständigen Behörden?
- Ist es ein erlaubnispflichtiges Gaststättengewerbe?
- Ist eine IHK-Schulung notwendig?
- Ist ein Führungszeugnis notwendig?
- Auszug aus dem Schuldnerverzeichnis?
- Lebensmittelhygieneverordnung?
- Bescheinigung des Gesundheitsamtes?
- Betriebshaftpflichtversicherung?
- Arbeitslosenversicherung?
- Krankenkassenversicherung?
- Welche Steuern muss ich abführen?
- Getränkesteuer & Schankerlaubnissteuer & Vergnügungssteuer?
- Aufenthaltstitel des Mitarbeiters?
- Gewerbe- und Gesellschaftsrecht?
- Gründung allein oder mit Gründungspartner?

Programm 05.12.2007, 10:00 bis 16:00 Uhr:

10:00 - 10:15 Uhr Ankunft

10:15 - 10:30 Uhr Begrüßung und Vorstellung

10:30 - 12:30 Uhr Überblick über Gründungsanforderungen, Gründungsbedingungen, Zusammenarbeit mit Institutionen. Welche Förderungen kann ich bekommen? (Arbeitslosengeld I und II, Gründungszuschuss, Einstiegsgeld).

12:30 - 13:00 Uhr Kaffeepause

13:00 - 15:00 Uhr Was ist notwendig für meinen Businessplan? Worauf muss ich achten? (Idee, Produkte, Marketing etc.) Was ist notwendig für meinen Finanzplan? Worauf muss ich achten? (Umsätze, Rentabilität, Liquidität etc.)

15:00 - 15:30 Uhr Fragen und Antworten

15:30 - 16:00 Uhr Ausklang

Ort/ Kontakt/ Kosten:

LOK.a.Motion GmbH,
3. OG, Seminarraum

Die Teilnahmegebühr beträgt 25,- € inkl. Informationsmaterial. Die Gebühr ist im Voraus zu entrichten, entweder bar oder per Überweisung auf das Konto Nr. 7255080002 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00.

LOK.a.Motion GmbH
Kottbusser Damm 94,
10967 Berlin

Anmeldung erforderlich unter (030) 297 797 36
Frau Susanne Bluhm

E-Mail: info@lokamotion.com
Internet: <http://www.lok-berlin.de>

Was Sie über LOK wissen sollten:

- LOK steht für den gemeinnützigen LOK e.V. und die LOK.a.Motion Gesellschaft zur Förderung lokaler Entwicklungspotentiale mbH.
- LOK unterstützt Initiativen zur Förderung der lokalen Ökonomie und engagiert sich für die Entwicklung lokaler Potentiale.
- LOK koordiniert als Gesellschafter der EnterBusiness GmbH die Entwicklungspartnerschaft 'Enterprise plus... für mehr Qualität in der Gründungsunterstützung' der EU - Gemeinschaftsinitiative EQUAL und betreibt im Rahmen dieser Entwicklungspartnerschaft Beratungsbüros in den Bezirken Neukölln und Lichtenberg.
- LOK bietet allen, die lieber selbstständig statt arbeitslos sein wollen, und all denjenigen, die Selbstständigkeit als einen Baustein in ihrer beruflichen Biografie begreifen, umfangreiche und kompetente Unterstützung

Qualifizierungen

Ab 02./03.01.2008:

SPRACHCAMPS IN DEN WEIHNACHTSFERIEN

Für SchülerInnen der Mittelstufe mit Migrationshintergrund

Anmeldung ab sofort möglich!

Seit Sommer 2006 veranstalten ars vivendi Ferienfahrten/ Bildungswerk gGmbH und das Kreativ und Bildungszentrum die gelbe Villa für Berliner SchülerInnen der Mittelstufe (Sekundarstufe I) in den Schulferien ganztägige Sprachcamps, in denen vormittags Sprachförderung und nachmittags sprachbetonte Workshops angeboten werden.

Das als Die Sommerschule® bezeichnete Konzept wird in Zusammenarbeit mit der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung und der Stiftung Mercator umgesetzt und mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds ESF gefördert.

Sprachfördercamps verbinden Lernen und Spaß. Jugendliche mit Migrationshintergrund profitieren von einer gezielten Sprachförderung und können sich nach dem Unterricht bei Theater-, Foto- oder Tanzworkshops und weiteren Angeboten kreativ ausprobieren. Zuletzt in den Herbstferien mit 70 Berliner SchülerInnen in Berlin-Kreuzberg, im hessischen Grebenhain und auf Wangerooge erfolgreich durchgeführt, wird dieses Sprachförderkonzept in den kommenden Weihnachtsferien fortgesetzt.

Kreative Sprach- und Lernkompetenzförderung

Die Sprachkurse wurden von Dr. Heidi Rösch (TU Berlin) für SchülerInnen der Mittelstufe (Sekundarstufe I) mit Migrationshintergrund entwickelt. Sie umfassen täglich drei Zeitstunden in Kursen wie etwa Schreibwerkstatt oder Berufsorientierung mit jeweils maximal 10 SchülerInnen. Den Unterricht erteilen speziell geschulte Studierende. Die Ergebnisse werden bei einer Abschlusspräsentation vorgestellt, um die SchülerInnen auch auf die 4. Prüfungskomponente des Mittleren Schulabschlusses (MSA) vorzubereiten.

Nach dem Unterricht (gelbe Villa und Friedländer-Schule, Berlin: 03.01. bis 11.01.2008) werden nachmittags Kurse zur praktischen Sprachanwendung wie etwa Theaterspiel, Kreativ-, Technik-, und Experimentierworkshops, Jazzdance, Kunst-, Keramikurse und Erste Hilfe angeboten.

Die Sprachcamps auf Wangerooge und in Grebenhain (02.01. bis 13.01.2008) bieten darüber hinaus ausreichend Zeit für Ferienspaß. Ausflüge, Kino, Schwimmbad, Fußball und Relaxen stehen auf dem Programm. In Grebenhain besteht außerdem die Möglichkeit Wintersportangebote, wie Ski fahren, wahrzunehmen.

Kompetente Kooperationspartner

Die Sprachcamps sind Teil des gemeinsamen Projekts „Förderunterricht für SchülerInnen mit Migrationshintergrund der Sekundarstufe I“ der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung, der gelben Villa und ars vivendi sowie folgenden Partnern: Europäischer Sozialfonds (ESF), Stiftung Mercator, TU Berlin, FU Berlin, der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung BLK und FörMig Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund.

Kosten

In Grebenhain und Wangerooge: 60,00 € *. In Berlin inklusive tägliches Mittagessen ohne Übernachtung: 60,00 € *.

* Aufgrund der Förderung beträgt die Teilnahmegebühr für alle Camps nur 60,00 €. EmpfängerInnen von ALG II können einen gesonderten Zuschuss beantragen.

Programm und Anmeldeformular unter diesem Link:

http://www.die-gelbe-villa.de/programm/sprachfoerderung_in_%20den_ferien.pdf

Weitere Informationen und Kontakt:

die gelbe Villa, Kreativ- und Bildungszentrum für Kinder und Jugendliche
Wilhelmshöhe 10,
10965 Berlin

Tel.: (030)76 76 500
Fax: (030) 76 76 50 30

E-Mail: info@die-gelbe-villa.de
Internet: <http://www.die-gelbe-villa.de>

10.12.07/ 14.01.08:

**FORTBILDUNGEN IM
FRAUENCOMPUTERZENTRUM BERLIN****1.): "Office-Grundlagen und ECDL-Start"**

Die dreimonatige Fortbildung am FrauenComputer-ZentrumBerlin (FCZB) richtet sich an Frauen, die aktuelles IT-Wissen im Office-Bereich erwerben und sich effektiv auf den ECDL ("Computer-Führerschein") vorbereiten möchten. Auf dem Programm stehen PC-Grundlagen, Internet- und E-Mail, Textverarbeitung mit Word, wahlweise PowerPoint oder/und Excel. Zugleich bietet diese Weiterbildung die Möglichkeit, ein individuelles Kompetenz- und Profilentwicklungsstraining für Bewerbung und Jobsuche zu nutzen. **Start: 10.12.2007**

Informationsveranstaltung: **Montag, 03.12.2007, 10 bis 11 Uhr**, Ort: FCZB, Cuvrystr. 1, 10997 Berlin-Kreuzberg

Finanzierung: Die Kosten für die Vorbereitung auf die Prüfungen richten sich nach dem individuellen Fortbildungsbedarf. Bildungsgutscheine/Förderung über die Agentur für Arbeit/Jobcenter sind - je nach individuellen Voraussetzungen - möglich (Maßnahmenummer: 962/6071/ 07). Wir sind gern bei der Antragstellung behilflich.

Flyer-Download: www.fczb.de/slz/07/ecdl_2.pdf

2.): "Keine Angst vor Computern"

Der Klassiker im Programm des FrauenComputer-ZentrumBerlin (FCZB) für Frauen aus Büroberufen wird wieder angeboten. Frauen, die einen beruflichen Wiedereinstieg anstreben, können sich in dieser viermonatigen Fortbildung auf den neuesten Stand der IT-Anwendungen bringen mit einem Mix aus technischen Inhalten, verschiedenen Software-Programmen und der Vorbereitung auf Bewerbung und Jobsuche. **Start: 14.01.2008**

Informationsveranstaltung: **Montag, 03.12.2007, 11 bis 12 Uhr**, Ort: FCZB, Cuvrystr. 1, 10997 Berlin-Kreuzberg

Finanzierung: Die Fortbildung wird durch die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen sowie den Europäischen Sozialfonds gefördert. Die Teilnahmegebühr ist einkommensabhängig und beträgt für die gesamte Fortbildung maximal 100,00 €, ermäßigt 50,00 €.

Flyer-Download:

www.fczb.de/dl/07/infoblatt_ka_2007.pdf

Information und Anmeldung für beide Kurse:

FCZB

Cuvrystraße 1

10997 Berlin-Kreuzberg

Renate Wolf, Tel: (030) 617 970 16

E-Mail: slz@fczb.deInternet: <http://www.fczb.de>

21.12., El Kantara e.V.:

ÄGYPTISCH – TUNESISCHER ABEND

El Kantara e.V. und GDÄF e.V.,
Mitglieder des Landesverbandes Deutsch – Arabischer
Vereine Berlin / Brandenburg präsentieren einen

Ägyptisch – Tunesischen Abend

Orientalischer Tanz und Musik der Gruppe Abu Khalil
und Tombola

am Freitag, den 21. Dezember 2007,

in der Werkstatt der Kulturen
Wissmannstraße 32
12049 Berlin

Einlass 18.00 Uhr

Eintritt:

12.- € Menü / Essen: 5.- € Kaffee und Kuchen: 1,50.-€

Nur im Vorverkauf:

Eintritt + Menü / Essen + Kaffee und Kuchen: 15.- €

Kartenvorbestellung und Kartenvorverkauf:

El Kantara e.V.

Schierker Straße 20

12051 Berlin

Tel.: (030) 752 71 69

Tel.: (030) 305 73 07

Tel.: (030) 4980 8868

Internet: <http://www.el-kantara.de>**BUNDESVERDIENSTKREUZ FÜR SCHRÖTER
Vorsitzender der Deutsch-Polnischen Gesellschaft
Berlin erhielt das Bundesverdienstkreuz**

Christian Schröter, langjähriger Vorsitzender der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Berlin und Stellvertretender Vorsitzender des Bundesverbandes Deutsch-Polnische Gesellschaft wurde am 31. Oktober 2007 mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet. Überreicht wurde ihm der hohe Orden in Vertretung des Bundespräsidenten von der Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales, Frau Heide Knake-Werner in den Räumen der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Berlin in der Schillerstr. 59 in Berlin-Charlottenburg. Das Bundesverdienstkreuz erhält Christian Schröter in Anerkennung seines jahrzehntelangen aktiven Eintretens für eine Verständigung zwischen Deutschland und Polen. Der Ehrung wohnten ca. 50 eingeladene Gäste bei, unter ihnen der Botschafter der Republik Polen, Dr. Marek Prawda mit seiner Gattin und der Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses, Walter Momper.

(Fortsetzung nächste Seite)

Aus Projekten und Vereinen*(Fortsetzung)*

Bereits als Oberschüler und auch später in seiner Ausbildungszeit zum Verlagsbuchhändler interessierte sich Christian Schröter für die Kultur des Nachbarlandes. Mehrere Gedenkstättenfahrten führten ihn Mitte der 60er und Anfang der 70er Jahre nach Polen, wo er nicht nur mit den Grauen konfrontiert wurde, das Nazi-Deutschland im Zweiten Weltkrieges über Polen gebracht hatte, sondern er lernte auch polnische Menschen kennen und schätzen. Diese Reisen ins östliche Nachbarland hatten einen tiefen Eindruck beim jungen Schröter hinterlassen, die sein zukünftiges Verhältnis zu Polen entscheidend prägen sollten.

1973 gründete er mit anderen Gleichgesinnten die Deutsch-Polnischen Gesellschaft Berlin (West) im Westteil der Stadt, nachdem sich zuvor die Vorläuferorganisation aufgelöst hatte. Besonders motiviert hatte ihn dazu die Entspannungspolitik Willy Brandts, die er als Jusos in der SPD nachhaltig unterstützte.

1985 wurde er zum Stellvertretenden und zugleich Geschäftsführenden Vorsitzenden gewählt, ehe er fast vor 18 Jahren – kurz nach dem Mauerfall – Ende November 1989 Vorsitzender der Deutsch-Polnischen Gesellschaft in einem sich wieder vereinigenden Berlin wurde. Dieser Gesellschaft steht er noch heute vor, mit rund 300 Mitgliedern ist sie mittlerweile die größte Organisation dieser Art in Deutschland.

Christian Schröter ist Träger des Kavalierekreuzes des Verdienstordens der Republik Polen, das er Ende November 1998 für sein jahrzehntelanges Engagement im Dienste der deutsch-polnische Verständigung erhielt.

Die zunehmende Bedeutung der Berliner DPG führte dazu, dass die Organisation Ende der achtziger Jahre in die Arbeitsgemeinschaft Deutsch-Polnische Verständigung e. V., einem losen Zusammenschluss von Deutsch-Polnischen Gesellschaften und Vereinigungen, aufgenommen wurde. Christian Schröter wurde Ende der 90er Jahre in den Vorstand dieser Dachorganisation gewählt, und ist seit Mai 2002 Stellvertretender Vorsitzender der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Bundesverband e. V. - neben seiner bisherigen Funktion als Berliner Vorsitzender. Der bundesweite Verband vertritt die Interessen von ca. 50 Deutsch-Polnischen Gesellschaften mit rund 3.300 Mitgliedern und gibt u. a. seit über 20 Jahren das zweisprachige Deutsch-Polnische Magazin DIALOG heraus.

Kontakt:

Deutsch-Polnische Gesellschaft
Schillerstraße 59
10627 Berlin

Tel.: (030) 713 89 213

Fax: (030) 713 89 201

E-Mail: dpgeberlin@t-online.de

Internet: <http://www.dpgeberlin.de/>

NEUES INTEGRATIONSPROJEKT DER BERLINER AWO „Mentoren begleiten junge Migranten“

Das Angebot richtet sich an junge Migranten bis 27 Jahre in Tempelhof-Schöneberg.

Der AWO Landesverband Berlin e. V. bietet ab sofort jungen Migranten, die in Tempelhof-Schöneberg leben oder dort Einrichtungen besuchen, individuelle Unterstützung durch das Projekt „Mentoren begleiten junge Migranten“ an, das durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge gefördert wird.

Ziel des Projekts ist, den jungen Menschen die soziale und berufliche Integration zu erleichtern. Dabei werden sie von ehrenamtlichen Mentoren unterstützt und begleitet.

Die Mentoren unterstützen die jungen Migranten bei der Suche nach passenden Qualifizierungsmaßnahmen (z. B. Deutschkurse, Praktika, Schulabschlüsse), bei der Arbeitssuche oder der Vorbereitung auf Vorstellungsgespräche. Außerdem begleiten sie die jungen Menschen bei Bedarf zu Terminen bei der Arbeitsagentur/dem Jobcenter oder bei Bildungsträgern.

Die Projektleitung vermittelt und begleitet die Partnerschaften. Ziele, Dauer und Umfang des ehrenamtlichen Engagements werden zu Beginn gemeinsam festgelegt. Regelmäßige Treffen dienen dem Erfahrungsaustausch der Mentoren untereinander. Zudem werden Fortbildungen sowie Unterstützung und Beratung bei auftretenden Fragen angeboten.

Kontakt:

Fachstelle Integration & Migration
Goltzstraße 19
10781 Berlin-Schöneberg

Ansprechpartnerin: Gundula Daerr

Telefon: (030) 700 090 13

E-Mail: mbjm@awoberlin.de

Internet: <http://www.awoberlin.de>

Aus Projekten und Vereinen

**BÜRGERINITIATIVE AUSLÄNDISCHE
MITBÜRGERINNEN E. V.**

Neustrelitzer Straße 63, 13055 Berlin
Tel. /Fax: (030) 981 45 46, Tel./ Fax:(030) 981 45 35

Internet: <http://www.bi-berlin-hohenschoenhausen.de>
E-Mail: buengerinitiative@t-online.de

Veranstaltungstipps Dezember 2007.**Sonntag, 2. Dezember, 13.00 – 18.00 Uhr**

14. Lichtenberger Lichtenmarkt
Ein Markt mit Tradition in der Vorweihnachtszeit rund um
das Lichtenberger Rathaus.
Auch die BI ist wieder mit einem Stand dabei.

Dienstag, 4. Dezember, 13.00 Uhr

Weihnachtlicher Basar in der BI
Einladung zum Schauen und Kaufen

Mittwoch, 5. Dezember 11.00 Uhr

Lieder im Advent
Gespräche und Musik am Vormittag, Treff der Aussiedler
mit Lydia Dielmann

Mittwoch, 5. Dezember, 14.00 – 16.00 Uhr

Kostenlose Rechtsauskunft für MigrantInnen
mit RAin Birgit Stenzel

Mittwoch, 5. Dezember, 19.00 Uhr

BI-Mitgliederversammlung
Wir ziehen Bilanz unserer Projektarbeit, der Arbeit der
Ehrenamtlichen und im Bezirk. Interessenten sind herzlich
eingeladen!

Donnerstag, 6. Dezember, 11.00 Uhr

Eröffnung der Foto-Ausstellung unter dem Motto:
"Integration – tierisch gut"
Beobachtungen aus dem Tierpark Berlin-Friedrichsfelde
Alle Interessierten, Tier- und Tierparkfreunde sind herzlich
eingeladen!

Montag, 10. Dezember, 15.00 Uhr

Plaudereien am Samowar
Geselliger Nachmittag für Senioren

Mittwoch, 12. Dezember, 10.00 Uhr

Unterm Bambusdach
Treff vietnamesischer Frauen mit Yna Dao

Mittwoch, 12. Dezember, 15.00 Uhr

Märchenstunde mit dem Kindertheater „Zimbel Zambel“
Märchen, Geschichten & Lieder zu Weihnachten für Kinder
von 3 – 10 Jahren. Alle Kinder sind herzlichst eingeladen!
Eintritt: 1 Euro

Mittwoch, 12. Dezember, 16.00 – 17.30 Uhr

Kostenlose Rechtsauskunft für MigrantInnen
mit RAin Birgit Stenzel

Mittwoch, 12. Dezember, 19.00 Uhr

Schon alle Weihnachtsgeschenke beisammen?
Kleine Aufmerksamkeiten in fast „letzter Minute“ gezaubert.
Ideen & Anregungen von BI-MitarbeiterInnen

Samstag, 15. Dezember, 15.00 Uhr

„So viel Heimlichkeit in der Weihnachtszeit ... „
Kinderweihnachtsfeier mit vielen Überraschungen

Mittwoch, 19. Dezember, 16.00 – 17.30 Uhr

Kostenlose Rechtsauskunft für MigrantInnen
mit Jurist Sergej Tscherkasow (in russischer Sprache)

Mittwoch, 19. Dezember, 19.00 Uhr

WeltausLesen
Weihnachtliches, Märchen- und Zaubenhaftes
Geschichten rund um das Weihnachtsfest, Traditionen
und Bräuche

Donnerstag, 20. Dezember, 10.00 Uhr

Brunch im Kiez
Treff für Leute aus dem Kiez, die sich in gemütlicher
Runde über Dinge des Alltags austauschen möchten ...
Unkostenbeitrag: 2 €

Wenn nicht anders vermerkt:

Alle Veranstaltungen finden in den Räumen der Bürgerinitiative
Ausländische MitbürgerInnen e.V., Neustrelitzer
Straße 63, 13055 Berlin, statt.

Veranstaltungen

01.12./02.12.

ZWEI FILME VON NOURI BOUZID

„Puppen aus Ton“ und „Making Off“ vom Preisträger des diesjährigen Ibn Rushd Preis im Originalton

Am 01.12.07 und 02.12.07 werden zwei ausgewählte Spielfilme des tunesischen Regisseurs Nouri Bouzid gezeigt. Der Regisseur, der am 30.11.07 den Ibn Rushd Preis 2007 erhielt [siehe auch BERLIN INTERNATIONAL, Nr.42, Seite 14], wird anwesend sein.

Samstag, 01.12.07, 20.00 Uhr

PUPPEN AUS TON, Tunesien 2002, 35mm, Farbe, 90 Min, OmU

Sein Heimatdorf, das wegen seiner schönen Töpferarbeiten bekannt ist, hat Omrane schon vor vielen Jahren verlassen, um in Tunis zu leben. Sein Auskommen verdient er als Vermittler von Hausmädchen an wohlhabende Familien in Tunis. Als die ihm einst von ihrer Familie anvertraute Rebeh flieht, sieht er sich vor ernstesten Schwierigkeiten. Aber Omrane ist nicht der skrupellose Ausbeuter. Als Kind war auch er als Hausdiener beschäftigt und wurde dabei selbst Opfer sexuellen Missbrauchs. Diese Erfahrung hat ihn einsam, verbittert und unfähig gemacht, anderen - und auch sich selbst - zu vertrauen. Doch jetzt erwartet Rebeh seine Hilfe.

Veranstaltungsort: EISZEIT Kino, Zeughofstraße 20, 10997 Berlin, Tel.: (030) 6116016, U-Görlitzer Bahnhof, Bus M29.

Sonntag, 02.12.07, 15.00 Uhr

MAKING OFF – Vorpremiere – Tunesien 2006, 35mm, Farbe, 120 Min, OmU

Der 25-jährige Bahta träumt von einer Karriere als Breakdancer in Italien. Doch er hat keine Ausbildung, keinen Job, zudem Probleme mit seiner Freundin und wegen des Irakkriegs bleibt ihm auch die Auswanderung aus Tunesien verwehrt. Weil er die Polizei immer wieder herausfordert, versuchen Islamisten ihn für ihre Ziele zu rekrutieren. Doch obwohl sich Bahta von deren Ideen fasziniert zeigt, ist er nicht bereit, sich zur Marionette machen zu lassen.

Veranstaltungsort: BABYLON Kino - Mitte, Rosa-Luxemburg-Straße 30, 10178 Berlin, Tel.: (030) 2425969, U-Rosa-Luxemburg-Platz.

Eine Kooperation von:

- Arabischen Publizisten Verein Deutschland. e.V.
- Freunde der Arabischen Kinemathek. e.V.
- Ibn Rushd Fund for Freedom of Thought
- Filmgalerie 451 Berlin
- EZEZ

03.12.:

**GLOBAL STONE PROJEKT
IM BERLINER TIERGARTEN****Erzbischof Desmond Tutu nimmt an Friedens-
Steinlegung teil**

Zu der Zeremonie sind Gäste recht herzlich willkommen!

Am Montag dem 03. Dezember 2007, pünktlich um 11.00 Uhr, wird ein 25 Tonnen schwerer Granit-Monolith als vierter von fünf „Friedens-Steinen“ im Berliner Tiergarten aufgestellt. Er repräsentiert mit dem Begriff „Hoffnung“ den Afrikanischen Kontinent. Das „Global Stone Projekt“ (<http://www.globalstone.de>) ist ein Projekt für Frieden und umspannt mit insgesamt zehn Steinen fünf Kontinente.

Zur Steinlegung wird Friedensnobelpreisträger Archbishop Emeritus Desmond Tutu, Bürgermeister Harald Wolf, S. E. Botschafter Moses M. Chikane (Südafrika) und andere Persönlichkeiten anwesend sein.

Mit der Steinlegung im „Tiergarten“ setzt der Bildhauer und Künstler Wolfgang von Schwarzenfeld setzt sein globales Kunstprojekt „Global Stone“ in Deutschland fort.

Die Monolithen korrespondieren mit jeweils einem Schwesterstein auf den fünf Kontinenten, die die Themen „Erwachen“ (Europa), „Hoffnung“ (Afrika), „Vergeben“ (Asien), „Liebe“ (Amerika) und „Frieden“ (Australien) darstellen. Die Reflektionsflächen der Steine sind so geschliffen, dass die Elemente des interkontinentalen Gesamtkunstwerks einmal im Jahr, zur Sommersonnwende am 21. Juni, durch die Sonnenstrahlen virtuell verbunden werden. Dieses unsichtbare Naturschauspiel symbolisiert die Einheit der Erde und der Menschheit.

Wolfgang von Schwarzenfeld arbeitet seit zehn Jahren an diesem Projekt; er will das Bewusstsein für Konflikt und Frieden mit künstlerischen Mitteln schärfen. Sieben von zehn Steinen – alle zwischen zehn und vierzig Tonnen schwer – hat er bereits in Amerika, Australien, Afrika und Europa bearbeitet. Schwarzenfeld begann das Global Stone Project 1997 in Venezuela.

Desmond Tutu nimmt am Sonntag, den 02. Dezember 2007, in Hamburg den renommierten „Marion-Gräfin-Dönhoff-Preis“ entgegen und nimmt am Montag, den 03. Dezember 2007 um 11.00 Uhr an der Steinlegung teil.

Der „Global Stone“-Platz befindet sich in der Nähe der „Löwengruppe“ im Tiergarten. Man erreicht den Platz vom Brandenburger Tor aus, indem man entlang des „Ahornsteigs“ rund 300 m in den Park hineingeht.

Internet: <http://www.globalstone.de>

Veranstaltungen

01.12. bis 24.12.2007

IN 24 TAGEN UM DIE WELT**Der „Lebendige Adventskalender“
im Weddinger Soldiner Kiez**

Tag für Tag gibt es etwas Besonderes - Lichterfest und Pilgerreise, Tanztee und orientalische Märchen - eine bunte Mischung - so bunt wie der Soldiner Kiez. Im Internet wird täglich ein neues Türchen geöffnet und ein neues Video gezeigt. Mehr unter

<http://www.in-24-tagen-um-die-welt.de> .

Der Soldiner Kiez: In diesem Berliner Quartier im östlichen Wedding leben rund 15.000 Menschen aus ca. 50 Nationen zusammen. Der Anteil derer mit Migrationshintergrund liegt laut Quartiersmanagement bei ca. 60 %.

Kerstin Kaie, Projektleiterin der im Frühjahr initiierten Imagekampagne für den Soldiner Kiez: „Ich glaube, die beste ‚Imagekampagne‘ ist, zu zeigen, wie viel Potenzial und welche Vielfalt hier in diesem Kiez vorhanden ist. Und alle Gruppen, Akteure und Bewohner einzuladen, mitzuhelfen, dieses Potenzial zu entwickeln! Kommen wir ins Gespräch!“

Programm:

Adressen der Veranstaltungsorte und Karte im Internet unter <http://www.in-24-tagen-um-die-welt.de>

1.12., Sa, 14-18 Uhr, **Stephanus** ,
Interkultureller Weihnachtsbasar - lesSINGers, SaN, u.v.m. und internationale Köstlichkeiten

2.12., So, ab 19 Uhr, **Bar Art**,
Lesung Gregor Maier: Von Spekulator, Tibet-Mützen und Wolfgang Petry

3.12., Mo, 20-22 Uhr, **Forum**,
Internationale Geschäftsfrauen: Was verbindet uns und wo gibt es neue Chancen?

4.12., Di, 18-22 Uhr, **Forum**,
Öffentliche Sitzung des Quartiersrats, ab 20:30 Uhr internationales Buffet

5.12., Mi, 19-22 Uhr, **prima center berlin**,
Brigitte Lüdecke Zwischenbilanz Gewerbeförderung - nicht zufällig in einer Kunstgalerie

6.12., Do, 10-17 Uhr, **Seniorenheim Grüntal**,
Der Nikolaus, der kommt ins Haus ab 10 Uhr / Wohlklingende Töne von der Geige mit Edgar Jaschob ab 15 Uhr

7.12., Fr, ab 19 Uhr, **Nachbarschaftsetage**,
„Soldiner Spaziergang“ -
Lesung der Kiezschreiberin Tina Veihelmann

8.12., Sa, 15-19 Uhr, **Forum**,
Winterzauber - staubgewischt auf alten Platten: Tanztee für alle, die Lust und Laune haben

9.12., So, ab 19 Uhr, **Forum**,
Lesung Jürgen Nafti: Der Großinquisitor von Fjodor M. Dostojewski

10.12., Mo, ab 18 Uhr, **Haci Bayram Moschee**,
Haci Bayram lädt ein: Frauen treffen Frauen zum gemütlichen Gespräch

10.12., Mo, 16-22 Uhr, **Quartiersmanagement**,
Offene Tür des Quartiersmanagements, ab 17 Uhr Lichtaktion in der Grünanlage Drontheimer/Koloniestraße

11.12., Di, 17-19:30, **Luisenbad Bibliothek**,
Auftaktveranstaltung Sprich mit mir - Lesung, neue Medien und Schreibwerkstatt für mehr Spaß an der deutschen Sprache

12.12., Mi, 19-21 Uhr, **Wilhelm Busch Schule**,
Interreligiöse Gespräche im Wedding - Prof. Michael Bongardt: Kann man Ethik lernen?

13.12., Do, 16-19 Uhr, **Soldiner Brücke**,
Lucia. Grünes Lichterfest: Naturrally an der Panke, ab 17 Uhr heißer Punsch in der Nachbarschaftsetage

14.12., Fr, 19 -22 Uhr, **Forum**,
Die Kolonie Wedding zu Gast im Forum

15.12., Sa, 11-17 Uhr, **Forum**,
Teig mitbringen und Plätzchen backen - bis 14 Uhr für Kinder, Ute Welc, Villa Römer

16.12., So, 10.30-11.45, **Seniorenheim Grüntal**,
Musik aus aller Welt - Nachbarschafts-Chor lädt ein zur Matinee

17.12., Mo, 19-21 Uhr, **IZDB**,
Meine Reise nach Mekka – Erfahrungsberichte und Informationen, aktuell zum Pilgermonat

18.12., Di, ab 18 Uhr, **Forum**,
Bayerischer Abend – für Exilbayern und Preußen

19.12., Mi, 16-18 Uhr, **Nachbarschaftsetage**
„Märchen aus aller Welt“ - 1001 Nacht - für Kinder und Erwachsene

20.12., Do, ab 19:30, **Glaskasten** ,
Klanglabor: Plastikmusik, ab 20:20 Uhr: Ars Acustica mit Thomas Gerwin

21.12., Fr, 16-20 Uhr, **Nachbarschaftshaus**,
Kinderdisko!

22.12., Sa, ab 19 Uhr, **Nachbarschaftshaus**,
Gemeinsam feiern - Opferfest und Weihnachtsfest – Arabische Elternunion

23.12., So, 16-19 Uhr, **Seniorenheim Grüntal**,
Weihnachtsfiesta mit Überraschungen

23.12., So, 12-15 Uhr, **Stephanus** ,
Thanksgiving Gottesdienst der International House Of Prayer - Gemeinde, in der Stephanuskirche

24.12., Mo, 15 / 17 Uhr, **Stephanus**,
15 Uhr Familiengottesdienst mit Krippenspiel / 17 Uhr Christvesper mit musikalischem Schwerpunkt

24.12., Mo, ab 19 Uhr, **Forum**,
Weihnachtsfeier mit polnischen Spezialitäten - mit Marlene und Gisela Jachmann

Kontakt:

Kerstin Kaie, Imagekampagne Soldiner Kiez
Koloniestraße 115, 13359 Berlin, Tel.: (030) 480 970 30

E-Mail: kaie@soldinerkiez.de

Internet: <http://www.deinkiez.de>

Blog: <http://wwwsoldinerkiez.de>

Veranstaltungen

04.12., Diskussion:

**„IN DER DDR HAT ES
ANTISEMITISMUS NIE GEGEBEN...“**

**Dienstag, den 4. Dezember 2007, 18:30 Uhr,
Rathaus Köpenick, Raum 106**

Das dies so nicht stimmt, belegen zum Beispiel die Vorfälle von Friedhofschändungen oder die israelfeindliche Haltung der DDR-Regierung. Für diese Veranstaltung richtet sich unser Interesse jedoch mehr auf eine persönliche Perspektive auf dieses Thema.

Eingeladen ist Klaus Sternberg, der sich selbst als jüdischen Mitbürger für den die DDR Heimat wurde, beschreibt. Ausgewachsen in Westberlin, kam er nach den Verbrechen der Nazi-Zeit in die DDR und lebt bis heute in Treptow-Köpenick. Zum einen wird die Haltung des Staates, zum anderen die der BürgerInnen, gegenüber Jüdinnen und Juden im alltäglichen Leben der DDR beleuchtet.

Im Anschluss möchten wir die Veranstaltung für eine Diskussion öffnen.

Moderation: Anika Bökenhauer, Zentrum für Demokratie Treptow-Köpenick

Kontakt:

Zentrum für Demokratie Treptow - Köpenick
Sterndamm 102

12487 Berlin

Tel./Fax: (030) - 654 87 293

Mobil: (0170) - 90 22 183

E-Mail: zfdtk@t-online.de

Internet: <http://www.zentrum-für-demokratie.de>

07.12. bis 09.12.:

RIXDORFER WEIHNACHTSMARKT

Freitag, 7.12.2007, 17:00 bis 21:00 Uhr

Samstag, 8.12., 14:00 bis 21:00 Uhr

Sonntag, 9.12., 14:00 bis 20:00 Uhr

Richardplatz, 12055 Berlin - Neukölln

Eintritt frei

Mitten im Böhmisches Dorf erwarten Sie Marktstände mit traditioneller Handwerkskunst und kulinarischen Spezialitäten sowie ein vorweihnachtliches Programm mit Musik, einem Karussell, dem Weihnachtsmann und mehr. Der Bezirk Neukölln hat wieder Gäste aus seiner Partnerstadt Usti nad Orlici eingeladen, die an einem eigenen Stand Holzspielzeug und böhmische Papierkrippen anbieten.

Am Freitag, dem 7.12. von 18.00 bis 19.00 Uhr spielt der Posaunenchor der Herrnhuter Brüdergemeine. Auch das Museum im Böhmisches Dorf, das die Geschichte der im 18. Jahrhundert eingewanderten Böhmen, ihre kirchlichen und kulturellen Bräuche, ihr Handwerk und Schulwesen dokumentiert, ist am Sonnabend, dem 8.12. von 14.00 bis 18.00 Uhr geöffnet (Kirchgasse 5, neben dem Denkmal von Friedrich Wilhelm I.)

Internet: <http://www.neukoelln-online.de/575-0-rixdorfer-weihnachtsmarkt-2007.html>

07.12., Konzert

MEISTER DER ANATOLISCHEN MUSIK

Freitag, 7.12.2007, 20:00 Uhr

Einlass ab 18:30 Uhr

tempodrom

Am 07.12.2007 treten zum ersten Mal die größten Virtuosen der anatolischen Musik zusammen auf. Auf dieser Weltpremiere werden in Berlin die großen Meister Arif Sağ, Selda Bağcan, Timur Selçuk, Sabahat Akkiraz, Lman Sam, Erkan Oğur, Ismail H. Demircioğlu, Aynur Doğan und Erol Parlak & Bağlama Quintett mit dem Chor der Deutsch-Türkischen Musikakademie unter der Leitung von Bardo Henning teilnehmen.

Die Künstler interpretieren unterschiedliche Musikrichtungen wie Balladen, Chanson, volkstümliche Lieder, Klassik und instrumentale Virtuosität auf hohem Niveau und sind alle Botschafter anatolischer Musikkultur.

Die Moderation der Auftritte übernehmen Osman Okkan und Taies Farzan jeweils auf Türkisch und Deutsch.

Karten 10 bis 50 Euro

Kartenvorverkauf

Tel.: (030) 61101313 (Koka 36)

Tel.: (030) 69 53 38 85 (tempodrom)

und allen anderen Vorverkaufsstellen

Internet: <http://www.meister-der-anatolischen-musik.de>

<http://www.d-t-musikakademie.de/>

<http://www.metropolfm.de/>

Veranstaltungen

21.12., Konzert

**GILBERT ABDOURAHMANE DIOP
& GRIOT MUSIC COMPANY****Westafrikanische Grooves des "Ella"- Preisträgers
2006 und des Europäischen Förderpreises für „Musik- und Friedenskultur“ 2007**

Sein Musik- und KulturMix aus Mbalax, AfroReggae, Funk, Jazz und WorldMusic, gespielt vor dem Hintergrund der Griot-Kultur Westafrikas, geht nicht nur mächtig in die Beine, sondern berührt auch die Herzen und bringt die Seele zum Schwingen! Alle Musiker der Company sind große Könnern auf ihren Instrumenten, deren Spielfreude ansteckt...

Der LUMUMBA-CLUB

lädt ein zu seinem 6jährigen Jubiläum:

FREITAG, 21. 12. 2007, 21 Uhr

KONZERT & PARTY mit GILBERT DIOP & COMPANY

EINTRITT, incl. Afrikanisches Buffet: 6€

Diese Veranstaltung entstand in Kooperation mit ONE AFRICA e. V.

Internet (demnächst): <http://www.oneafrica.eu>
oder <http://www.kulturforum-lumumba.eu>

Veranstaltungsort:

LUMUMBA-CLUB, Mitte

Karl-Marx-Allee 35 (neben Kino International)

U5 Schillingstraße, U2 Alexanderplatz, N5 Nachtbus

Telefon: (0162) 657 46 27

bis 10.01.2008, Fotoausstellung:

CZECH START!

Zum ersten Mal stellen sich Studenten und Absolventen des Instituts für Kreative Fotografie der Schlesischen Universität Opava (ITF) in Berlin vor. Das ITF ist die zweitälteste und, gemessen an der Zahl der Studierenden und Pädagogen, größte der sechs tschechischen Hochschulen mit fotografischer Ausbildung. Das gemeinsame Projekt des ITF mit dem Kulturring in Berlin e.V., der BrotfabrikGalerie und dem Tschechischen Zentrum in Berlin bietet einen Einblick in das aktuelle Schaffen der Studierenden und Absolventen. In der BrotfabrikGalerie sind v. a. Arbeiten der konzeptuellen und experimentellen Fotografie zu sehen, in der Fotogalerie Friedrichshain dominieren Porträt- und Dokumentarfotografie. Das Tschechische Zentrum zeigt Arbeiten von Dita Pepe (geb. 1973) und Jiri Krenek (geb. 1974), die in den 1990er Jahren am ITF studierten und heute zu den erfolgreichsten tschechischen Fotografen zählen. In ihrer aktuellen Serie "Selbstbildnisse mit Männern" zeigt Dita Pepe inszenierte Porträts. Jiri Krenek präsentiert in seinem Zyklus "Hypermärkte" absurde Aufnahmen aus dem tschechischen Einkaufsalltag.

Das Projekt wird vom Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds unterstützt.

Bis Donnerstag, 10.1.2008

Mo 14.00-18.00 Uhr,

Di-Fr 10.00-13.00 und 14.00-18.00 Uhr

Bitte beachten Sie, dass die Galerie vom 24.12.2007 bis 2.1.2008 geschlossen bleibt.

Tschechisches Zentrum -CzechPoint
Friedrichstraße 206
10969 BerlinGalerie im Erdgeschoss
Eintritt freiInternet: <http://www.czechcentres.cz/berlin>**Weitere Veranstaltungsorte:**Fotogalerie Friedrichshain / Kulturring in Berlin e.V.
Helsingforser Platz 1
10243 Berlin
Tel.: (030) 29 61 684Bis Freitag, 14.12.2007,
Di-Sa 13.00-18.00 Uhr,
Do 10.00-18.00 UhrBrotfabrikGalerie
Caligariplatz / Prenzlauer Promenade 3,
13086 Berlin,
Tel.: (030) 47 37 08 57Bis Samstag, 5.1.2008,
Mo-So 16.00-21.00 Uhr

Veröffentlichungen/ Internet-Tipps

Rosemarie Tracy:

WIE KINDER SPRACHEN LERNEN

Rosemarie Tracy

Wie Kinder Sprachen lernen

Warum und wie man

Mehrsprachigkeit in

der frühen Kindheit fördern sollte

210 Seiten

19,90 Euro / 34,80 Srf

ISBN 978-3-7720-8224-5



Offensichtlich ist Spracherwerb ein Kinderspiel! In einem Alter, in dem wir Kinder nicht unbeaufsichtigt eine Straße überqueren lassen würden, erschließen sie sich zielstrebig die Strukturen ihrer Erstsprachen. Wie wir mittlerweile wissen, gilt dies nicht nur für den Erwerb einer Sprache, denn Kinder können von Anfang mit mehr als einer Sprache aufwachsen. Auch der frühe Erwerb einer zeitversetzt hinzu tretenden Zweitsprache ist ohne Risiko für die Entwicklung des Kindes möglich. Diese Kompetenzen gilt es zu nutzen, vor allem auch für die frühe Zweitsprachförderung von Kindern aus Einwandererfamilien, denen ohne ausreichende Sprachkenntnisse Bildungs- und Berufschancen verwehrt bleiben.

Dieses Buch bietet anhand vieler Beispiele einen verständlichen Überblick über den Spracherwerb im Allgemeinen und schildert die Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Unterstützung frühkindlicher Mehrsprachigkeit. Verdeutlicht wird auch, welche sprachlichen Bereiche für Zweitsprachler problematisch bleiben, wenn angemessene Unterstützung fehlt. Das Buch liefert eine Anleitung für die gezielte Beobachtung von Kindern und eine Fülle von Anregungen für die Förderung.

Aus dem Inhalt:

- Sprache: vertraut und doch unbekannt (Was beim Spracherwerb erworben wird, inkl. Intuitionen)
- Mehrsprachigkeit: Herausforderung und Potenzial (Typische Missverständnisse, Code-switching bei Erwachsenen)
- Erstspracherwerb: typische Meilensteine und chaotische Übergänge (inkl. Sprachstörungen)
- Erstsprachen im Doppelpack: Mehrsprachigkeit von Anfang an (inkl. Ratschläge für familiäre Sprachpolitik in bilingualen Familien)
- Deutsch als frühe Zweitsprache
- Sprachen gehen zur Schule: Zweitspracherwerb im Grundschulalter
- Grundlagen der Sprachförderung: Von der Sprachstandsfeststellung zur Sprachförderung
- Anregungen für die Förderung sprachlicher Kompetenzen

Zur Autorin:

Prof. Dr. Rosemarie Tracy, bis 2006 Erste Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Sprachwissenschaft (DGfS), ist Inhaberin des Lehrstuhls für Anglistische Linguistik an der Universität Mannheim und Initiatorin der Mannheimer Forschungs- und Kontaktstelle Mehrsprachigkeit. Kürzlich wurde sie ins Kompetenzteam um die Familienministerin Ursula von der Leyen berufen.

Narr Francke Attempto
Verlag GmbH + Co. KG
Dischingerweg 5
72070 Tübingen

Tel.: (07071) 9797-0

Fax: (07071) 9797-11

E-Mail: info@francke.deInternet: <http://www.francke.de>**„AFRIKA-IN-BERLIN HANDBUCH“**

Zu beziehen ist das Handbuch im A5-Format per Post (gegen Versandkosten) bei

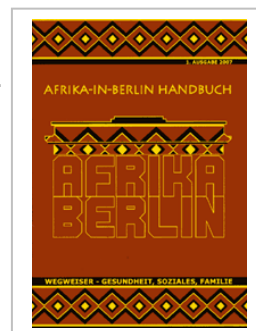
Verband für interkulturelle Arbeit
- VIA -
Regionalverband Berlin/Brdbg. e.V.
Petersburger Straße 92
10247 Berlin

Tel.: (030) 29 00 71 55

Fax: (030) 29 00 71 54

E-Mail: info@via-in-berlin.deInternet: <http://www.via-in-berlin.de>

(auch online bestellbar)



In Berlin leben laut Melderegister von 2005 rund 17.600 Migrantinnen und Migranten vom afrikanischen Kontinent. Hinzu kommen Menschen aus Südamerika und der Karibik, African-American sowie Afro-Deutsche und Menschen in interkulturellen Ehen und Partnerschaften mit afrikanischen Wurzeln und deren Kindern. So vielfältig die afrikanische Community hinsichtlich der ethnischen Herkunft hinsichtlich der Kulturen, aus denen afrikanische Berliner kommen hinsichtlich der Migrationserfahrungen ist, so vielfältig sind auch die Angebote von Projekten, Vereinen und Initiativgruppen. Auch bietet die Community in Berlin für die unterschiedlichsten Personengruppen und Lebenslagen vielfältige Angebote, die nicht in Form von festen Einrichtungen oder Organisationen bestehen. Ein Wegweiser zu den Angeboten in den Bereichen Gesundheit, Soziales und Familie für Menschen afrikanischer Herkunft ist insofern ein ehrgeiziges Vorhaben. In einer aktuellen Internetpräsenz und den folgenden Ausgaben des Wegweisers „*Afrika-in-Berlin Handbuch*“ werden die Informationen immer weiter komplettiert.

Veröffentlichungen/ Internet-Tipps

GEWALT GEGEN LESBEN KEIN THEMA! Lesbenberatung unterstützt Betroffene mit neuem Faltblatt

Lesbische Frauen und Mädchen erfahren täglich Gewalt, die von diskriminierenden Sprüchen über soziale Ausgrenzung bis hin zu körperlichen Angriffen reicht. Mit einem neuen Faltblatt unterstützt die Lesbianberatung e. V. Berlin betroffene Lesben in ihrem Recht auf ein Leben ohne Gewalt. Das Faltblatt soll zudem dazu ermutigen, in diesen Fällen Anzeige bei der Polizei zu erstatten. Pünktlich zum Internationalen Tag gegen Gewalt gegen Frauen macht diese Aktion Gewalt gegen Lesben zum öffentlichen Thema.

„Wenn eine lesbische Frau nach einer Gewalterfahrung Anzeige erstattet, kann das mehrere Funktionen erfüllen.“ führt Martina Frenznick, Beraterin in der Lesbianberatung, aus. „Einerseits stellt es für sie ein Mittel dar, sich zu wehren und die eigene Stärke wiederzuerlangen. Andererseits wird die Tat durch eine Anzeige in einen gesellschaftlichen Diskriminierungszusammenhang eingeordnet. Sie wird als antilesbische Gewalttat sichtbar gemacht und das ist der erste Schritt ihrer Bekämpfung.“ In dem Faltblatt finden sich daher Informationen über die verschiedenen Möglichkeiten der Anzeigenerstattung, über Straftatbestände sowie die Kontaktadressen von Polizei und unterstützenden Einrichtungen. Betroffene Menschen können sich für Unterstützung und Beratung auch direkt an die Lesbianberatung wenden.

Antilesbische Gewalt tritt in vielen Formen auf: Zwei sich küssende Frauen werden auf der Straße belästigt, eine Schwarze Lesbe wird in der U-Bahn wegen ihrer Hautfarbe beschimpft oder einer behinderten Lesbe wird Assistenz verweigert.

Das neue Faltblatt können Sie ab sofort bei der Lesbianberatung bestellen oder unter

<http://www.lesbenberatung-berlin.de>

einsehen und herunterladen. Für Rückfragen steht Ihnen Ute Hiller unter der Telefonnummer 030 / 215 2000 gerne zur Verfügung.

Kontaktdaten:
Ute Hiller, Dipl.-Päd.

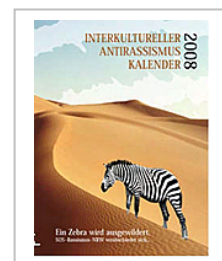
Lesbenberatung e.V.
Kulmer Str. 20A
10783 Berlin-Schöneberg

Tel: (030) 21 72 753 (Büro),
(030) 21 52 000 (Beratung)
Fax: (030) 21 91 7009

Internet: <http://www.lesbenberatung-berlin.de>



Der Neue ist da! INTERKULTURELLER ANTIRASSISMUS TASCHENKALENDER 2008



Zum vierzehnten Mal seit 1993 erscheint der interkulturelle Antirassismuskalender im Taschenformat mit Fest-, Gedenk- und Feiertagen aller großen Kulturen und Weltreligionen.

Er vermittelt Tipps, Ideen und Aktionen für den Alltag und ist leicht zu verstehen für Menschen, die schon immer mal gerne über den eigenen Horizont geblickt haben.

Das ideale identitätsstiftende und interkulturelle Geschenk für junge Leute zu Weihnachten oder zum Jahreswechsel.

Format A6, 208 Seiten,
© SOS-Rassismus-NRW Schwerte
Für 5,50 Euro inkl. Versandkosten.
Bei Abholung 4,00 Euro.

Zu beziehen beim Mitherausgeber:

ARiC Berlin e.V.,
Chausseestraße 29
10115 Berlin

Tel.: (030) 30 87 99-0
Fax: (030) 30 87 99-12

E-Mail: aric@aric.de
Internet: <http://www.aric.de/>

FES NEU IN DER REIHE "WISO DIREKT":

Berufliche Ausbildung und Lehrstellenmarkt:
Chancengerechtigkeit für Jugendliche mit Migrationshintergrund verwirklichen:

Download:
<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/04813.pdf>

Veröffentlichungen/ Internet-Tipps

**„BLÖDE ANMACHE? NICHT MIT MIR!“
Neue Broschüre zum Thema Diskriminierung**

„Jeder Mensch, der schon ausgegrenzt wurde, weiß, dass das nicht zum Wohlfühlen beiträgt. Diskriminierung ist noch viel schwerwiegender und beeinflusst die Qualität unseres Lebens und Arbeitens. Deshalb müssen wir dem etwas entgegensetzen“ sagt Anke Zwick, die Leiterin der Antidiskriminierungsstelle Brandenburg.

Neben offener Diskriminierung gibt es auch viele Fälle von versteckter Diskriminierung und Benachteiligung. Diskriminierungen passieren auch unbemerkt und ungewollt, beispielsweise aufgrund einer Behinderung, wegen der ethnischen Herkunft, Religion oder sexuellen Identität. Oft werden sie von der Mehrheitsgesellschaft als solche gar nicht wahrgenommen, wohl aber von den Menschen, auf die sich das diskriminierende Verhalten auswirkt. Zur Vermeidung und zum Abbau von Diskriminierung wird nun der neue Ratgeber „Blöde Anmache? Nicht mit mir!“ für Jugendliche herausgegeben.

Der Ratgeber wurde erstmalig präsentiert auf der Regionalkonferenz Ost, die am 25. und 26. Oktober 2007 in Potsdam zum Thema: „Chancen in der Chancengleichheit – Bildung und Ausbildung, Zugang zum Arbeitsmarkt“ vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie unter der Federführung der Integrationsbeauftragten des Landes Brandenburg, Prof. Dr. Karin Weiss, stattfand.

Auf den Erfahrungen einer ersten Broschüre des Antidiskriminierungsbüros Köln aufbauend, führt die nun in enger Kooperation mit dem Kölner Antidiskriminierungsbüro und mit redaktioneller Mitarbeit vieler Fachleute überarbeitete Broschüre in jugendgerechter Sprache in das Thema Diskriminierung ein. Sie erklärt aus verschiedenen Perspektiven, was Diskriminierung ist, und wie junge Leute sich dagegen wehren können. Dabei geht es sowohl um Diskriminierungen, die Jugendliche selbst erfahren, als auch um Diskriminierung von anderen, bei denen Jugendliche Zeugen werden. Ein Serviceteil nennt mögliche Anlaufstellen in der Region. Als Sponsor konnte ein regionaler Ausbildungsbetrieb gewonnen werden, der Stahlkonzern ArcelorMittal aus Eisenhüttenstadt.

Der Ratgeber wendet sich besonders an Jugendliche und wird Brandenburger Schulen und Bildungsträgern kostenlos zur Verfügung gestellt. Er kann als Druckausgabe bei

steffen.gruenert@masgf.brandenburg.de

im Büro der Integrationsbeauftragten bestellt oder auf der Webseite der Integrationsbeauftragten unter

<http://www.integrationsbeauftragte.brandenburg.de>

herunter geladen werden.

Mely Kiyak
10 FÜR DEUTSCHLAND
Demokratie lebt von politischer Teilhabe
Integration auch

Mely Kiyak
10 für Deutschland
Gespräche mit türkeistämmigen
Abgeordneten
260 Seiten mit 10 s/w-Abbildungen
Softcover|13 x 20 cm
ISBN 978-3-89684-068-4
Euro 14,- (D)



In vielen Gemeinderäten und Landtagen, im Bundestag und im Europaparlament sitzen Abgeordnete, die eigene oder familiäre Wurzeln in der Türkei haben. Was motiviert sie, sich politisch zu engagieren? Liegt ihnen Integrationspolitik näher als andere Themen? Mely Kiyak hat nachgefragt und sprach mit zehn türkeistämmigen Abgeordneten.

Ebenso hartnäckig wie charmant fordert sie klare Positionen: zum neuen Zuwanderungsgesetz oder dem Verhältnis zum Islam. Sie will wissen, welche persönlichen Ideale türkeistämmige Mandatsträger leiten und welchen Schwierigkeiten sie im politischen Alltag begegnen. Die zehn packenden Gespräche zeigen auch die Menschen hinter ihrem politischen Amt.

»10 für Deutschland heißt dieses Buch. Nicht 10 Migranten oder 10 türkeistämmige Abgeordnete. Es sind einfach 10 Bürger dieser Gesellschaft, die eine Zuwanderungsbiografie haben und die in diesem Land etwas bewegen wollen. Sie tun das nicht für sich, auch nicht für ihre eigene ethnische Gruppe, sie tun das für uns alle.«
Aus dem Vorwort von Mely Kiyak.

edition Körber-Stiftung
Kehrwieder 12
20457 Hamburg

Internet: <http://www.edition-koerber-stiftung.de>

Veröffentlichungen/ Internet-Tipps

BLICKPUNKT INTEGRATION

Aktueller Informationsdienst des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge zur Integrationsarbeit in Deutschland erschienen (Ausgabe 04/2007).

Das Thema im Fokus:

"Reform des Aufenthaltsgesetzes:
Neuregelungen fördern Integration"

**Inhaltsübersicht:**

- Verbesserungen der Integrationskurse
- Integrationskursverfahren als Planspiel
- Messbare Erfolge durch Indikatoren
- Nationaler Integrationsplan verabschiedet
- Arbeitsmarktsituation von Deutschen und Ausländern
- Spurensuche in Nürnberg
- Kulturelle Vielfalt in der Ausbildung
- Eine zweite Chance
- Bildung stärkt das Selbstwertgefühl
- Schwimmkurse für muslimische Frauen
- Interkultureller Dialog
- Italien: Integrationsfonds eingerichtet
- Sprachliche Bildung: Herausforderungen an die Hochschulen
- Nachdenken über fremde Kulturen
- Finanzierung von Verbundprojekten
- Literaturhinweise
- Internetlinks
-

Nur als Download verfügbar unter:

<http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Integration/Publikationen/Blickpunkt/2007-04.html>

Im Internet:**ANTIDISKRIMINIERUNGSSTELLE DES BUNDES**

Aktuelle Informationen zur Arbeit der Antidiskriminierungsstelle des Bundes und zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz sind seit Anfang November nun auch im Internet abrufbar unter:

<http://www.antidiskriminierungsstelle.de>

Die Berliner Landesstelle für Gleichbehandlung - gegen Diskriminierung präsentiert ihre Arbeit unter folgendem Link: <http://www.berlin.de/sen/ias/ads/index.html>

ASYL IN ZAHLEN 2006

Veröffentlichung des BAMF



Daten und Fakten in Form von Tabellen, Karten und Diagramme sowie statistische Erläuterungen mit Stand vom 31.12.2006 in 15. Auflage erschienen. Download unter (ca. 1,7 Mbyte):

http://www.bamf.de/clin_006/nn_442496/SharedDocs/Anlagen/DE/DasBAMF/Publikationen/broschuere-asyl-in-zahlen-2006.html